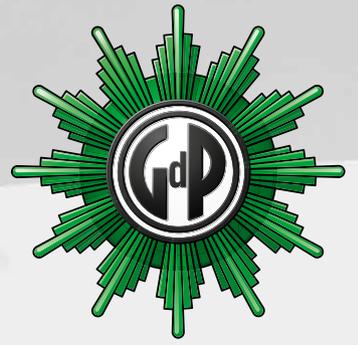


DP

DEUTSCHE POLIZEI

08/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Digitale Polizei?

Update erforderlich





In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Titel	Hilfreich	Im Detail	
2 Download startet in Kürze ...	15 Ein neuer GdP-Plus Partner	21 Gefährliche Ablenkung	
<hr/>			
Im Gespräch	30 Wenn die Schulden drücken	Hingeschaut	
7 Kein „Big Picture“ zu erkennen	<hr/>		
39 Authentisch ist nicht gleich langweilig	Innenleben	34 Nicht unsere WM, oder?	
<hr/>			
Vor Ort	16 Festakt mit Zugabe	Gelesen	
10 Wiederholungsfall Elmau	18 Sachsen – Sicherstes Bundesland?	38 Unübliche Sicht auf den Ermittleralltag	
12 Nicht alles Gold	20 Sabrina Kunz einstimmig bestätigt!	40 „Wir waren doch bei der Hinfahrt zu dritt, oder?“	
14 Kein Schutz für die Schützenden	24 Lernen aus Katastrophenlagen	<hr/>	
14 Mutmaßliche Manipulation an GdP-Fahrzeugen	25 GdP: Ein starker Partner	Termin	
19 Brüssel: GdP im Gespräch	26 Seniorenpolitische Forderungen beschlossen	17 Bikertreffen im Harz Sophienhof	
<hr/>			
	27 Mitgliederbindung und Ruhestand	<hr/>	
	28 Ehre, wem Ehre gebührt	36 Eure Meinung	
	32 Kampf um die Spitze bis zum Abpfiff	40 Impressum	

FÜR UNS. FÜR MORGEN

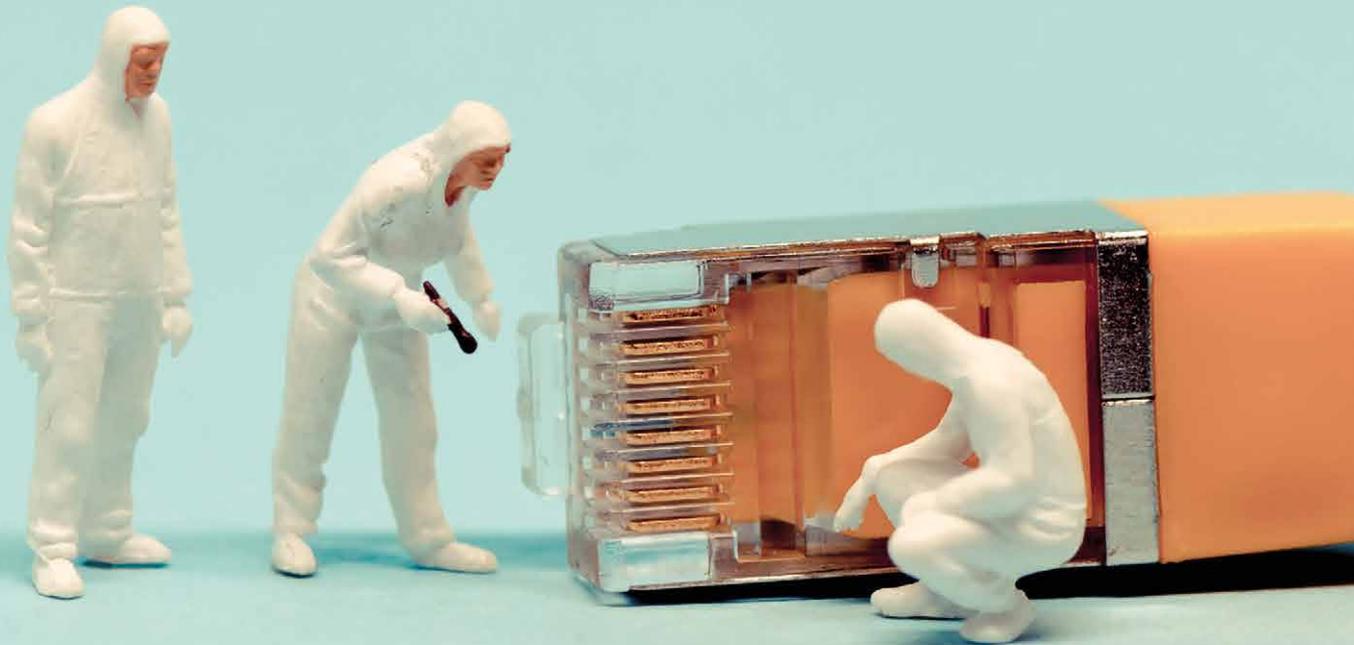
27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

POSITIONEN ZUR DIGITALEN POLIZEI

Download startet in Kürze ...



Anwenderfreundlich und immer auf dem Stand der neusten Technik: So soll sie sein, die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) der Polizei. Doch laut dem deutschen Digitalreport 2021 der ESCP Business School ist es bis dahin noch ein weiter Weg. Dem Report zufolge attestierten die Befragten der öffentlichen Verwaltung eine Entschleunigung der Digitalisierung. Glaubten 2018 noch 19 Prozent der Umfrageteilnehmer an eine schnelle Digitalisierung, waren es ein Jahr später

Die Polizei braucht ein Update. So lautete der Konsens der Saarbrücker Agenda 2016. Deren Ziel: eine einheitliche Informationsarchitektur. Spürbare Verbesserungen blieben trotz Einführung des Programmes Polizei 20/20 aus. Wie die Digitalisierung gelingen kann, beschreibt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihrem Positionspapier. Ein Überblick.

Danica Bensmail



nur noch 11 Prozent. Auch die notwendigen Abstimmungen im Programm Polizei 20/20 verdeutlichen die Herausforderungen für eine gemeinsame Digitalisierung im föderalen Kontext.

Wie dem auch sei, Herausforderungen sind da, um sie anzunehmen. Die (zugegebenermaßen sehr lose) Übersetzung eines alten, chinesischen Sprichwortes besagt: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern, die GdP baut Windmühlen. Und das geht so ...

Für das WIR in Virtualität

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt der Digitalisierung bei der Polizei. Technologien müssen fortlaufend so ausgerichtet werden, dass die richtigen Informationen zur richtigen Zeit, barrierefrei für die richtige Person verfügbar sind. **Mit dem Menschen im Mittelpunkt können gute Lösungen nur durch die wiederholte Einbindung der Nutzer gewährleistet werden.** Für erweiterte Beteiligungsverfahren muss das Programm Polizei 20/20 zusätzliche, geeignete Prozesse entwickeln. Das digitale Zeitalter bietet viele Möglichkeiten, föderaler Zusammenarbeit – sie müssen nur genutzt werden. Weniger Misstrauen, mehr Vertrauen und Miteinander stärken die Polizei der Zukunft.

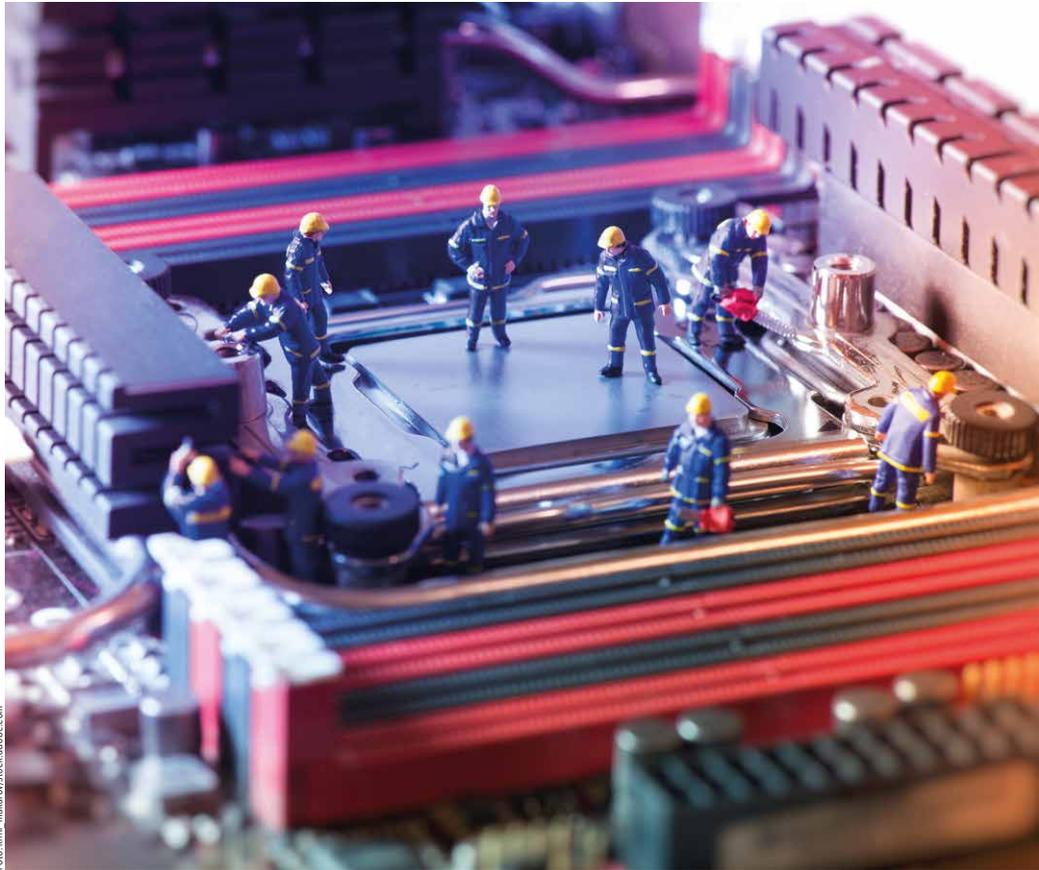


Foto: Kiriiti / makarov/stock.adobe.com

Für mehr Flexibilität

Im digitalen Dienstalltag mangelt es an innovativer Informations- und Kommunikationstechnik. Damit die Polizei mit der voranschreitenden digitalen Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft Schritt halten kann, fordert die GdP: **mehr Mobilität! Dafür müssen polizeiliche Informationen gleichermaßen im Streifenwagen und im Büro auf der Dienststelle verfügbar sein.** Die Lösung dafür heißt Cloud-Technologie. Die GdP ist überzeugt: Um dienstliche Netzwerke dynamischer zu gestalten, muss Wissen frei fließen können. Die Nutzung von Medienservern, Foren, Lern- und Programmierplattformen stärkt die Vernetzung und fördert die Kollaboration in der Organisation. So soll das sein!



Foto: chrythanz/000/stock.adobe.com

Für mehr Übersicht

Big Data? Big Problem! Aktuell führen viele Kolleginnen und Kollegen einen nahezu aussichtslosen Kampf gegen Massendaten. Die Erkenntnis: Der effiziente Einsatz moderner Hard- und Software zur Datenanalyse entscheidet zunehmend über den Erfolg oder Misserfolg von Polizeiarbeit. Die Herausforderung: **Digitale Anwendungen müssen so gestaltet werden, dass Speicherung, Aufbereitung, Analyse und Ausgabe der Ergebnisse innerhalb derselben Umgebung erfolgen.** Die GdP fordert: eine vollständige Neubewertung und -orientierung der polizeilichen Auswertung und Analyse. Um das zu ermöglichen, bedarf es einer Infrastruktur, die sich an der Leistungsfähigkeit und Skalierbarkeit großer Cloud-Systeme orientiert. Diese Infrastruktur bildet einen Kernbaustein der Anforderungen an neue Standards im gemeinsamen Programm Polizei 20/20.



Hier geht es zum GdP-Positionspapier „Digitalisierung in der Polizei“.

Für mehr Mitbestimmung

Der digitale Wandel ist längst da. Dennoch findet er keine ausreichende Berücksichtigung in unseren Normen und Gesetzen. Die GdP findet: **Interessenvertretungen müssen auf Landes- und Bundesebene mitbestimmen und mitgestalten können, wenn es um den sachgerechten Umgang mit personenbezogenen Daten geht.**

Personalräte, Gleichstellungs-, Frauenbeauftragte und die Schwerbehindertenvertretung müssen in diese Prozesse eingebunden werden. Praktische Erfahrungen haben gezeigt: Durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) kann eine geschlechterspezifische Diskriminierung stattfinden. Das darf nicht sein! Genauso wenig dürfen Menschen von der Nutzung neuer Technologien ausgeschlossen werden. Die Schwerbehindertenvertretungen müssen maßgeblich an deren Entwicklung beteiligt sein, um entsprechende Barrierefreiheit und Software-Ergonomie gewährleisten zu können.



Foto: Srichai Puangwan/stock.adobe.com

Für mehr Datenschutz und IT-Sicherheit

Wer darf eigentlich welche Daten wie verarbeiten? Um diese Fragen künftig souverän beantworten zu können, ist eine Harmonisierung der datenschutzrechtlichen Normierungen das A und O. **Für die GdP liegt das Ziel bei einem pragmatischen und modernen Datenschutz, der die Erfüllungspflicht des gesetzlichen Auftrages unterstützt.** Der umfassende Schutz der Beschäftigtendaten versteht sich dabei von selbst und bedarf eigentlich keiner weiteren Erwähnung. Wir erwähnen ihn trotzdem. So!

Aber auch die Daten der polizeilichen Arbeit müssen vor Datenlecks geschützt werden. Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit sind verstärkt in den Fokus zu nehmen. In einem kontinuierlichen Veränderungsprozess müssen Mitarbeiter geschult, technische Systeme kontinuierlich aktualisiert, übergreifende Abstimmungsprozesse etabliert und mit qualifiziertem Personal umgesetzt werden.



Foto: Keri_l_makarov/stock.adobe.com



Für vereinfachte Arbeitsabläufe

Die Digitalisierung in der Polizei muss zwingend zur Arbeitserleichterung in allen ihrer Aufgabenbereiche führen. Neue Technologien ziehen neue Einsatzmittel nach sich. Dadurch können neue physische und psychische Belastungen entstehen. Diese werden weder umfassend abgedeckt, noch werden die Chancen der Digitalisierung zur Erleichterung ausgeschöpft. Auch im polizeilichen Büroalltag zieht die fortschreitende Digitalisierung Konsequenzen nach sich. Eine Vielzahl von Anwendungen, deren Komplexität sowie unklare Prozesse führen zu erhöhten Belastungssituationen und einer Verdichtung der Arbeit. **Die GdP fordert: Schluss mit Mehrfacherfassungszwängen! Komplexität muss beherrschbar, vor allem aber von und mit den Beschäftigten gestaltet werden.** ■

Foto: Fotokollstock.adobe.com

Für mehr IT-Kompetenz

Im Wettstreit um die hellsten Köpfe hat die Polizei gegenüber Wirtschaftsunternehmen oft das Nachsehen. Die unangenehme Wahrheit: Fachkräfte haben ihren Preis. Oft scheitert es am Geld, denn bestehende Regelungen des Tarif- oder Beamtensrechts bieten potenziellen IKT-Experten im öffentlichen Sektor keine Anreize. **Wer die Besten will, muss wettbewerbsfähig und attraktiv sein. Wie das geht? Zum Beispiel so: Stufengleicher Aufstieg in Tarifverträgen, höhere Dienstpostenbewertungen, Optionen der Verbeamtung, höhere Eingruppierung oder funktionsgebundene Zulagen.**

IT-Kompetenzen werden längst nicht mehr nur den ausgewiesenen Experten abverlangt. Polizeibeamte aller Phänomenbereiche müssen über ein Maß an entsprechenden Kenntnissen verfügen. Derzeit besteht deshalb neben dem Mangel an modernster technischer Ausstattung ein erheblicher Bedarf an digitaler Qualifizierung. Bereits in der Ausbildung und dem Studium müssen digitale Inhalte und die IKT-Grundlagenausbildung wieder stärker Berücksichtigung finden.



Foto: Fotokollstock.adobe.com



WANN UND WIE WIRD DIE POLIZEI DIGITALER?

Kein „Big Picture“ zu erkennen

„Digitalisierung in der Polizei – Ansprüche und Anforderungen, insbesondere an das Programm Polizei 20/20 – für eine moderne, leistungsstarke und zukunftsfähige Polizei“ ist der sperrige Titel für ein wichtiges polizeiliches und gewerkschaftliches Zukunftsthema. DP befragte dazu den für Digitales im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei Zuständigen, Hagen Husgen.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Husgen, nun sprechen wir erneut miteinander. Beim letzten Mal im Juni ging es noch um das mobile, flexible Arbeiten, dieses Mal um das Digitale.

Hagen Husgen: (lacht) Ich rede ja prinzipiell gerne über die fortschrittlichen Dinge, die ich verantworte. Beide Themen sind mit einer Menge Zukunftsaussichten und Nachhaltigkeit versehen. Angesichts unseres Bundeskongressmottos „Für uns. Für morgen“ stehe ich doch ganz gut da. Ich bin bereit.

DP: Auf geht's. Niemand kommt am digitalen Prozess vorbei, natürlich auch die Polizei nicht. Was ist aus Deiner Sicht dabei am wichtigsten?

Husgen: Es muss funktionieren, es muss effizient sein, die Hürden müssen niedrig sein, es muss allerorten vergleichbar sein und die Beschäftigten dürfen sich nicht überfordert fühlen. Denn sonst gehen sie innerlich offline.

DP: Nun der Prozess läuft ...

Husgen: (unterbricht) Sorry, eines habe ich noch vergessen, unsere künftige polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) muss kontinuierlich an den Stand der



Foto: Srirach Phangawans/stock.adobe.com

Technik und die Anforderungen der Informationssicherheit angepasst werden.

DP: Okay, der Prozess läuft ja schon etwas länger.

Husgen: Natürlich. Leider nicht so glatt, wie er könnte oder besser sollte.

DP: Das heißt?

Husgen: Die von der Innenministerkonferenz Ende 2016 beschlossene Saarbrücker Agenda setzte bei der Entwicklung polizeilicher IKT auf das Einmal-für-Alle-Prinzip. Damit wollte man die Grundlage für eine digitale und medienbruchfreie Vernetzung der Polizei mit ihren nationalen und internationalen Partnern schaffen. Das war richtig und ist es immer noch. Die Umsetzung jedoch hätte noch Luft nach oben.

DP: Woran machst Du das fest?

Husgen: Daran, dass dies auch anderen außerhalb der Polizei auffällt.

Der sogenannte deutsche Digitalreport 2021 der ESCP Business School zeichnete

fünf Jahre danach für die öffentliche Verwaltung und speziell für die Polizei ein insgesamt düsteres Bild. Die Fakultät hatte es schlicht wissen wollen und das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer Befragung unter einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt sowie 500 TOP-Führungskräften aus Wirtschaft und Politik beauftragt. Das Ergebnis spricht Bände. Tatsächlich sahen die Befragten bei den Behörden keine Fortschritte. Es wurde sogar – und das macht einen fast sprachlos – eine Entschleunigung der Digitalisierung gegenüber dem Jahr 2019 attestiert. Und auch in den Behörden wächst die Skepsis, dass die Digitalisierung noch einmal richtig hochschaltet.

DP: Nötig wäre es auf alle Fälle.

Husgen: Selbstredend. Große Teile der Bewältigung von Kriminalitäts- und Einsatzlagen werden heute mehr denn je von der Digitalisierung bestimmt.

DP: Damit ist sicherlich auch das Bearbeitungstempo gemeint.

Husgen: Klare Sache. Relevante Informationen sollten, wenn nicht müssten, unter Beachtung der Rechtsgrundlagen unmittelbar verknüpfbar und im erforderlichen Maße für alle Kolleginnen und Kollegen verfügbar sein. Die derzeitigen Abstimmungen im sehr ambitionierten Programm Polizei 20/20 zeigen allerdings, dass im föderalen Kontext ein gemeinsames Vorgehen der Polizeien aus Bund und Ländern bei der Digitalisierung eine große Herausforderung darstellt.

DP: Überrascht Dich das?

Husgen: Nicht wirklich, sagt man ja in solchen Fällen.

DP: Warum?

Husgen: Die Polizei soll ja weiter funktionieren. Also müssen einerseits bestehende Lösungen weiterhin genutzt werden. Andererseits genügen die siloartigen und in der Regel nicht kompatiblen Bestandslösungen der Teilnehmenden nicht den Herausforderungen an eine moderne und leistungsfähige IT-Struktur der Sicherheitsbehörden. Die Digitalisierung der Polizeien in Bund und Ländern als Teil der Organisationsentwicklung bedeutet eben auch, von eigenen und bisweilen lieb gewonnenen individuellen Lösungen Abstand zu nehmen und neue Ansätze im Sinne digitaler Souveränität der deutschen Polizei zuzulassen.

DP: Was jetzt?

Husgen: Zunächst bringt es nichts nur schwarzzumalen. Als GdP sehen wir ja auch die großen Klippen vor denen das Programm Polizei 20/20 segelt. Dass nicht von heute auf morgen spürbare Fortschritte erkennbar sind, liegt bei solch komplexen Vorgängen auf der Hand. Doch rund sechs Jahre nach dem Start hätten wir uns etwas mehr erhofft und sind dementsprechend ernüchtert. Man darf nicht vergessen, dass die digitale Zeit währenddessen nicht stillstand. Und an dieser Stelle befürchten wir negative Wirkungen auf die polizeiliche Arbeit.

DP: Dann malen wir jetzt lieber in Rot?

Husgen: Grün wäre gewerkschaftlicher, aber rot drückt mehr Aktivität aus (lacht).

DP: Nur zu.

Husgen: Das „Einmal-für-Alle-Prinzip“ ist schon einmal der richtige Ansatz für die bereichsbezogene Umsetzung von IKT-Lösungen.

**DP-Gesprächspartner
Hagen Husgen**


Foto: GdP/Hagen Immel

gen. Alles andere würde das Harmonisieren und Standardisieren im Programm Polizei 20/20 ausbremsen. Aus unserer Sicht sollten Bereiche mit hohem praktischem Anwendungsnutzen, beispielsweise in den Bereichen Mobilität, also mobile Endgeräte und Messenger-Lösungen, oder der Analyse forciert werden.

DP: Immer wieder fällt das Stichwort Polizei 20/20.

Husgen: Weil sich alles darum dreht. Wir können momentan im derzeitigen Programm Polizei 20/20 kein „Big Picture“ erkennen, es fehlt an einer zukunftsgerichteten Zielvision der polizeilichen IKT. 20/20 benötigt einen Innovationsschub. Nur so kann moderneren Ansätzen, zum Beispiel bei der Vorgangsbearbeitung der nächsten Generation, und ei-

ner übergreifenden Plattformoffenheit mehr Gehör verschafft werden.

DP: Ihr habt ja auch andere Akteure mit im Blick.

Husgen: Richtig. Ein solch umfangreiches Vorhaben sollte sehr intensiv auch mit der Justiz sowie mit den Digitalprojekten der Landes- und Bundesverwaltungen abgestimmt werden. Effektiv wäre es wohl nicht, wenn später, irgendwo eine eigentlich fertig gebaute Straße wieder aufgerissen werden müsste.

DP: Bistlang reden wir wieder ja vor allem über Prozesse. Wie sieht es mit den Beschäftigten aus?

Husgen: Glasklar, dass die digitale Kompetenz der Polizeibeschäftigten in Bund und Ländern gestärkt werden muss. Die Technik

darf nicht als Bedrohung, sondern sollte als Bereicherung des Arbeitsplatzes wahrgenommen werden. Im Übrigen ist es wichtig, die Fachbereiche für IKT-Entwicklung und -Betrieb, Datenschutz und Vergaberecht angemessen auszubauen. Wir brauchen diese fachliche Kompetenz in der eigenen Organisation, um nicht vollständig auf Dritte angewiesen sein zu müssen.

DP: Lieber Hagen, vielen Dank für das Gespräch.

Husgen: Ich danke auch. Aber lass mich bitte noch eines sagen. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit in der Zukunft hängt maßgeblich von der digitalen Kompetenz und Ausstattung der Polizei ab. Das sollten die Haushaltsgesetzgeber in Bund und Ländern berücksichtigen. ■



G7-BETREUUNGSEINSATZ

Wiederholungsfall Elmau

Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützte in der Hochphase des sogenannten G7-Einsatzes Ende Juni im bayerischen Elmau die GdP-Einsatzbetreuung. Nach vielen Gesprächen an zahlreichen Orten konnte sich der GdP-Vize ein Bild der Lagebewältigung und Rahmenbedingungen machen. Eine Bilanz mit Ausblick.

Jörg Radek



Heiß war's, da kann eine Mütze voll Eis nicht schaden ...

Elmau 2.0: Die Wiederauflage des Groß-einsatzes anlässlich des Gipfeltreffens der sieben führenden Industrienationen der westlichen Hemisphäre (G7) in der bayerischen Bilderbuchkulisse zwischen Alpspitz, Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald hinterließ gemischte Gefühle. Das Wetter verhielt sich ebenso extrem. Den Dienst begleiteten sowohl brütende Hitze als teils massive Hagelschauer. Nicht jede Einsatzkraft konnte sich dem entsprechend wappnen. Doch der Reihe nach.

Selten konnten Großeinsätze eines solchen G-Kalibers von den Kräften so gut miteinander verglichen werden. Gerade sieben Jahre ist es her, dass an gleicher Stelle, fast zur gleichen Jahreszeit das letzte Treffen der westlichen Staatenlenker stattgefunden hat.

Die Notwendigkeit des direkten politischen Meinungsaustausches von Staats- und Regierungschefs vor dem Hintergrund eines in unserer europäischen Nachbarschaft wütenden Krieges kann nicht ernsthaft bestritten werden. Zumal mit jedem Tag

der Raketeneinschläge die globale Wirkung wächst. Dieser bedrückende Fakt machte offenbar einen wesentlichen Unterschied zwischen Elmau 1 und 2 aus. Das sogenannte Protestpotenzial blieb hinter den Einschätzungen aller Beteiligten zurück. Die Frage einer Überdimensionierung der Kräfte ließ daher nicht lange auf sich warten – ein altbekanntes polizeiliches Dilemma.

Wir für Euch

Eine wahre Armada hochmotivierter GdP-Einsatzbetreuerinnen und -betreuer unter Führung unserer bayerischen Kolleginnen und Kollegen war im gesamten Einsatzraum sichtbar, direkt bei den Kräften und stets sehr herzlich willkommen geheißen. Unsere gewerkschaftliche Präsenz rund um den Veranstaltungsort Schloss Elmau empfand ich als mit tiefer Überzeugung übermittelten Ausdruck einer enormen Wertschätzung der Arbeitsleistung der Einsatzkräfte sowie ihrer im Backoffice agierenden Unterstützerteams. Sie alle zusammen haben dem G7-Einsatz grundsätzlich zu einem polizeilichen Erfolg verholfen. Danke, gut, dass es Euch gibt! Danke, dass ihr trotz oft stark fordernder Umstände G7 gestemmt habt!

Wer im Einsatzraum unterwegs war, konnte sich von der Einsatzbereitschaft und Motivation höchstselbst überzeugen. Doch auch das schönste Alpenpanorama konnte manche uns erzählten Missstände nicht übertünchen. Und diese haben ebenso einen klar erkennbaren Unterschied gemacht. Ich möchte sagen, den größeren.



G7 – Nicht alle Länder haben eine zufriedenstellende Lösung gefunden

”

Ich habe die Erwartung, dass der Bund und die Länder für eine angemessene Vergütung der zusätzlichen Arbeitszeit der Einsatzkräfte sorgen.

Clemens Murr

für Einsatzlagen zuständiges Mitglied
des Geschäftsführenden
GdP-Bundesvorstandes



Stippvisite beim G7-Ausweichflughafen in Pömetried, rund 40 km entfernt von Elmau. Airport-Chef Birk Büschel führte den Rundgang an.



Garmisch-Partenkirchen: Im Einsatzabschnitt erfuhr die GdP-Delegation, wie die Logistik funktionierte.



Halt am Schutzzaun: GdP-Vize Jörg Radek im Gespräch mit NRW-Kollegen.

Die zeitgleich zum Gipfel stattfindenden Passionsspiele in Oberammergau – rund 20 Kilometer von Garmisch-Partenkirchen entfernt – sorgten mit Blick auf die Unterbringung Tausender Einsatzkräfte für einen gehörigen Negativeffekt. Die Herausforderung wuchs unterdessen ob der verkürzten Vorbereitungszeit weiter. Nachdem das Land Schleswig-Holstein abgewunken hatte, sprang Bayern ein. Warum auch nicht? Schließlich hatte man bereits Erfahrungen mit Elmau 1.0. Miteingekauft wurde jedoch das Projekt, angesichts verknappter Betten erholsame Nächte für fast 20.000 Einsatzkräfte zu gewährleisten.

So geriet der Anspruch aus dem Leitfaden 150 „Versorgung und Unterbringung“ mit dem Erfüllen des polizeilichen Auftrages „Schutz von Staatsgästen, Gewährleistung von friedlichen Versammlungen“ in einen Konflikt. Ein Spagat, der überdehnt wurde.

Davon betroffen waren in erster Linie Einsatzkräfte, die die weitläufig um das Gipfelgelände errichteten Schutzzäune zu bewachen hatten. Der dortige Dienst, eine nicht selten rund zweistündige An- und Abreise sowie entsprechende Rüstzeiten ließen die tatsächliche Dienstdauer auf teils 18 Stunden anwachsen. Erschwerend kam hinzu, dass anders als polizeieigene Versorgungs- und Ausgabepunkte die entsprechenden Hotels sich auf diese unschöne Dynamik des Einsatzes nicht eingestellt, dies nicht gekonnt oder es nicht gewollt hatten. Wer also nach kurzer „Nachruhe“ noch wenigstens ein Frühstück einnehmen wollte, sah sich des Öfteren zeitlich ausgegrenzt.

Weiter auf Seite 13.



Foto: JUNGE GRUPPE (GdP)

Die GdP-Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto und ihre Stellvertreterin Anna Maria Raschke (r.) vor alpiner G7-Kulisse.

Anna Maria Raschke

verrichtet ihren Dienst bei der Landespolizei in Hessen, dort in der technischen Einsatz Einheit. Im G7-Einsatz war sie zuständig für die technische Unterstützung bei Protesten. Sie postierte sich meistens mit schwerem Gerät rund um das Schloss Elmau.

Jennifer Otto

ist Kriminalbeamtin in Rheinland-Pfalz, dort im Kriminaldauerdienst. Die GdP-Bundesjugendvorsitzende war mit einem 18-köpfigen Team vor Ort und betreute die Kolleginnen und Kollegen im G7-Einsatz.

JUNGE GRUPPE (GdP) IM G7-BETREUUNGSEINSATZ

Nicht alles Gold

Zahlreiche Landesbezirke haben mit Einsatzbetreuungsteams den G7-Kräften mit Besuchen, Give-aways, Erfrischungen und offenen Ohren die Lage rund um Schloss Elmau erleichtert. Darunter auch die JUNGE GRUPPE (GdP). Deren Vorsitzende Jennifer Otto und ihre Stellvertreterin Anna Maria Raschke mit ihren Eindrücken.

Jennifer Otto und Anna Maria Raschke

Anna war bereits am 18. Juni 2022 angereist, befand sich in einem Acht-Stunden-Schichtsystem und ab dem Folgetag im Einsatz. Die An- und Abreise gestaltete sich mit schwerem Gerät etwas aufwändiger, sodass pro Fahrt jeweils zwei Stunden dafür aufgebracht wurden. Da lange unklar war, ob doch noch eine Bereitschaft für sie eingerichtet werden würde, war die geringe „Frei“zeit vor Ort für Anna oftmals von Unsicherheiten begleitet. Viel Arbeit hatten sie und ihr Team aufgrund der geringen Proteste glücklicherweise nicht. Über die Unterbringung und die Verpflegung fand sie abschließend nur positive Worte: „Die Unterkunft war wirklich super, und das Essen war top. Das hat bei uns alles einwandfrei funktioniert.“

„Habt ihr noch einen Patch?“

Ein paar Tage später, am 24. Juni 2022, machte sich dann ein achtzehnköpfiges Team der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf den Weg zur Einsatzbetreuung des G7-Gipfels in Elmau.

Der erste Weg führte die Kolleginnen und Kollegen um die Bundesjugendvorsitzende nach München in die Geschäftsstelle der bayerischen Gewerkschaft der Polizei (GdP). Nach

einer kurzen Begrüßung und Einsatzbesprechung ging es sofort an die Arbeit. Das bayerische Einsatzteam hatte ein regelrechtes Fuhrparkmanagement eingeführt. Dadurch konnte die JG in den viereinhalb Tagen in je drei Schichten täglich eine fast Rund-um-die-Uhr-Betreuung gewährleisten. Größtenteils haben die GdP-Kräfte im Bereich Garmisch-Partenkirchen unterstützt, jedoch kamen auch Kräfte im Rahmen der Demonstration in München und auf den Dienststellen in den Genuss der gewerkschaftlichen Versorgung.

Eis, Eis, Eis

Und die hatte es in sich: Die Vor-Ort-Teams der GdP verteilten rund 50.000 Portionen Eis und 33.000 Hafer-Riegel. Teils wurde der von der GdP-Bayern gecharterte „Eislast“ frenetisch begrüßt. Ein weiterer, wirklich großer Coup ist den bayerischen Kolleginnen und Kollegen mit dem äußerst nachgefragten G7-Patch gelungen. 18.000 Stück, in schwarz und pink, wurden verteilt. Trotzdem konnte die Nachfrage gegen Ende des Einsatzes nicht befriedigt werden. Dazu kamen noch unzählige Dosen mit Energydrinks, Sü-

ßigkeiten, Sonnencreme, Desinfektionsmittel und Kugelschreibern.

Dienstzeiten und Schutzvorrichtungen

„Dankbarkeit wurde den GdP-Kräften wirklich überall entgegengebracht“, unterstrich JUNGE-GRUPPE-Chefin Otto. Schwerpunkt der am Einsatzort geführten Gespräche sei die Abrechnung der Dienstzeit gewesen. Häufig seien die unterschiedlichen Verfahrensweisen in den Bundesländern diskutiert worden. „Die JUNGE GRUPPE (GdP) würde hier eine einheitliche Verfahrensweise aller Länder begrüßen, auch und nicht zuletzt als Zeichen der Wertschätzung“, betonte sie.

Von den unmittelbar im sogenannten Schutzbereich an den Zäunen im Wald Dienst schiebenden Kräften thematisiert wurden zudem Mängel, die es heutzutage nicht mehr geben sollte. Von 30 Grad Celsius und direkter Sonne über Starkregen und Hagel war in und um Elmau wettertechnisch vieles dabei. Oft fehlte es jedoch an entsprechender Schutzausstattung beziehungsweise -vorrichtungen.

Prinzipiell positive Bilanz

Unter dem Strich sei der G7-Gipfel selbst mit Blick auf den immensen Kräfteansatz ein guter Einsatz mit wenigen Schwachstellen gewesen, sagte Otto. Die Polizeiführung habe vieles richtig gemacht, bekomme von der GdP trotzdem einige Punkte ins Hausaufgabenheft für eine eventuell nächste Veranstaltung auf dem Schloss Elmau geschrieben.

Kaum zurück erhielt die JG Nachricht über mindestens ein von Unbekannten hochgefährlich manipuliertes Fahrzeug des brandenburgischen Betreuungsteams ...



Foto: Zetrasco

Die GdP war zu jeder Tageszeit sehr willkommen.



Foto: Zetrasco

Fast hinter Gittern: Die GdP-Delegation bei einem Rundgang in der Gefangenessammelstelle in Garmisch-Partenkirchen.

Wenig Schlaf, ein knurrender Magen, der nächste lange Dienst und das gleiche Spiel noch einmal und noch einmal, Fortsetzung im Gleichakt.

Als ob das nicht gereicht hätte, verhandelte den Kräften am Zaun das Wettergeschehen sprichwörtlich die Laune. Hagelkörner, groß wie Tischtennisbälle, hier und da noch massiver, und keine Vorkehrungen für einen sicheren Unterstand. Am Ende waren es die Kräfte selbst, die mit Kreativität und Geschick sich aus Fundholz und selbst beschafften Planken provisorische Schutzhütten bauten.

Es ist den Kräften sehr hoch anzurechnen, dass darunter weder Einsatzbereitschaft noch Motivation gelitten haben. Zwar gehören ungewöhnliche Belastungen bekanntermaßen zu unserem Berufsbild. Doch genau deshalb wünschen wir uns als Gewerkschaft der Polizei eine deutlich höhere Wertschätzung der Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen – vor allem in den Arbeitszeitregelungen.

Es ist nicht unsere vornehmste Aufgabe, Einsatzdurchführung und Kräfteinsatz zu bewerten. Unser gewerkschaftlicher Schwerpunkt liegt auf den Begleitumständen. 2007, nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm, haben wir dies getan. In unserer Position heißt es dazu: „Bereits bei der Auswahl eines Veranstaltungsortes ist sowohl durch den Veranstalter als auch die beratenden, genehmigenden Ämter und Behörden die Versorgungslage für die eingesetzten Kräfte komplex zu beurteilen und zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere für das Weg-/Zeitverhältnis zwischen Einsatz- und Unterbringungsort und ausreichend Alternativen gleichen Standards bei der Unterbringung von Einsatzkräften.“ Der G20-Gipfel in Hamburg hat diese Position noch einmal unterfüttert.

Der Wiederholungsfall Elmau sollte nun ein gegebener Anlass sein, effiziente Alternativen zu wechselnden Gipfel-Veranstaltungsorten sachorientiert zu erörtern. ■

ANZEIGE

EXKLUSIV FÜR SIE ALS GDP MITGLIED

5% RABATT AUF IHREN NÄCHSTEN EINKAUF BEI CONRAD!

1. GdP Plus Seite besuchen
2. Auf Conrad Kachel klicken
3. Exklusive Vorteile sichern!

Rabatt gültig auf das gesamte Sortiment, außer auf Artikel der Marken Apple, DJI, Amazon und Sonos, Prepaid-/Geschenkkarten, DVDs/Blu-rays, Bücher und Kundenkarte PLUS+. 1x pro Privatperson. Gültig bis 31.12.2022 auf conrad.de oder in einer Conrad Filiale. Nicht mit anderen Vorteils-codes kombinierbar. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen, pro Artikel max. 3 Stück.

Ein Angebot der Conrad Electronic SE, Conrad Electronic Stores GmbH & Co.KG (Angebot gilt nicht für Conrad B2B Shop Köln-Hürth), Conrad Electronic Regensburg GmbH & Co.KG und der Conrad Electronic Wernberg GmbH, alle Klaus-Conrad-Str. 1, 92240 Hirschau.

CONRAD | BESCHAFFUNG. EINFACH. SCHNELL. UMFASSEND.



STARKREGEN UND HAGEL

Kein Schutz für die Schützenden

Holger Dumke



Foto: privat

Es schaut ein bisschen wie bei den Pfadfindern aus – oder wie bei Einsätzen im Hambacher Forst, nur ebenerdig. Ein der GdP NRW von Kollegen zur Verfügung gestelltes Foto zeigt einen selbstgebauten Unterstand im Wald bei Elmau, dem unmittelbaren Einsatzgebiet beim G7-Gipfel im Juni. Polizistinnen und Polizisten hatten ihn – und auch weitere – errichtet, weil rund um den Gipfel viel Geld für so ziemlich alles da war – aber offenbar nicht für hinreichenden Wetterschutz der eingesetzten Kräfte.

Die GdP kritisiert das scharf: „Hier hätte unbedingt Vorsorge getroffen werden müssen“, mahnt der stellvertretende Bundesvorsitzende Michael Mertens. Der Dienstherr habe die Kolleginnen und Kollegen im Stich gelassen. Für Baumaterialien wie Folien und für Werkzeug waren die Beamten selbst finanziell in Vorleistung gegangen. Und Wetterschutz war bitter nötig. Die Kollegen harrierten bei Tag und in der Nacht teilweise bei Starkregen, ja sogar Hagel aus.

EINSATZBETREUUNG

Mutmaßliche Manipulation an GdP-Fahrzeugen



Foto: GdP Brandenburg

Aufregung bei der Rückfahrt vom G7-Betreuungseinsatz. Unbekannte hatten scheinbar von Brandenburger Betreuungskräften eingesetzte Mietfahrzeuge manipuliert. Die Kolleginnen und Kollegen seien gleichermaßen fassungslos wie entsetzt gewesen, betonte Anita Kirsten, Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Brandenburg.

Michael Zielasko

Man müsse angesichts der Umstände von einem geplanten Anschlag ausgehen, meinte auch der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Was war geschehen?

Auf der Rückfahrt aus dem Einsatzgebiet am 29. Juni hatten die zwei Fahrzeuge des Einsatzbetreuerteams einen Tankstopp einge-

Auslaufendes Benzin an einem der beiden Mietfahrzeuge.

legt. Wenig später, in der Potsdamer Innenstadt, war einem Radfahrer an einem der Fahrzeuge auslaufender Kraftstoff aufgefallen. Die Insassen stoppten das Fahrzeug und riefen nach kurzer Begutachtung die Feuerwehr. Der Pkw wurde abgeschleppt.

Kirsten: „Dem Mietunternehmen zufolge war die Unterbodenverkleidung des Fahrzeuges fachmännisch abgebaut und an den Anschlüssen der Benzinpumpe manipuliert worden. Wären die Anschlüsse während der Fahrt abgefallen, hätte ein Funkenflug durch die Stromleitung in Kombination mit einer losen Benzinpumpe zu einem lebensgefährlichen Brand führen können.“

Kirsten und Malchow zeigten sich erleichtert, dass ihre Kolleginnen und Kollegen offenbar mit viel Glück diesem mutmaßlichen Anschlag entgangen seien. „Man braucht eine Zeit, um nach solchen Ereignissen Worte zu finden“, unterstrich der GdP-Bundesvorsitzende.

Mittlerweile seien beide Fahrzeuge sicher gestellt worden, der Staatsschutz habe Ermittlungen aufgenommen, berichtete Kirsten. ■

Hilfreich



EINE STARKE PARTNERSCHAFT FÜR EUCH

Ein neuer GdP-Plus Partner

Unser Programm, exklusiv für Euch! Starke Unternehmen präsentieren attraktive Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starker Partner – attraktives Angebot

Mit unserem neuen GdP-Plus Partner **deinSchrank.de** begrüßen wir einen der führenden Online-Anbieter für maßgefertigte Möbel in unserem GdP-Plus Partner-Programm.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unterneh-

men aus unterschiedlichen Branchen sollen folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf SocialMedia-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven GdP-Plus Partner-Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

ANZEIGE



DEIN SCHRANK. DEIN SPECIAL.

Möbel nach Maß individuell nach den eigenen Wünschen planen. Auf Wunsch auch mit Beratung, telefonisch oder vor Ort. **Das Beste: Für GdP-Plus Partner gibt es einen zusätzlichen Rabatt.**

- KOSTENFREIE LIEFERUNG
- 5 JAHRE GARANTIE
- MADE IN GERMANY



Innenleben



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundeskriminalamt



Teamwork: Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Bezirksvorsitzende Guido Schweickardt schneiden die Jubiläumstorte an.

60 JAHRE GdP-BKA UND AUSSERORDENTLICHER DELEGIERTENTAG

Festakt mit Zugabe

Zum Monatswechsel Juni und Juli wurde in Wiesbaden gefeiert – und gearbeitet. Angesichts der Coronapandemie verspätet, jedoch in Präsenz, stand die Jubiläumsfeier „60 Jahre GdP im Bundeskriminalamt“ sowie ein außerordentlicher Delegiertentag an.

Katrin Braune

Anlässlich des Festaktes blickte der neue Bezirksvorsitzende Guido Schweickardt in seiner Festrede auf viele prägnante Ereignisse aus 60 Jahren GdP im BKA und deren Auswirkungen auf die Arbeit in der Behörde zurück. Er legte den Schwerpunkt auf das Thema Frauen und Gleichstellung. Wobei, wie er betonte,

letzteres heute viel mehr umfasse als nur die Gleichstellung.

Als Gäste waren der designierte GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke, Sabrina Kunz (Landesvorsitzende GdP Rheinland-Pfalz), Jennifer Otto (GdP-Bundesjugendvorsitzende), Aline Raber (Polizeipräsidentin Westpfalz), die ehemaligen GdP-BKA-

Bezirksvorsitzenden Jürgen Vorbeck und Nikolaus Speicher, das Ehrenmitglied Ernst Lübbehusen und mit 98 Jahren das älteste Mitglied Heinz Müller eingeladen. Nach den Grußworten und Reden wurde den Ende Januar in Kusel in Ausübung ihres Dienstes grausam ermordeten Kollegen mit einer Schweigeminute gedacht.

Ehrungen erhielten zahlreiche Mitglieder für ihre mehr als 50-jährige Mitgliedschaft, scheidende Vorstandsmitglieder wurden gewürdigt.

Am Nachmittag gesellten sich die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, und BKA-Präsident Holger Münch zu den Feiernden. Die Innenministerin betonte in ihrer Rede, dass die GdP im BKA viele Dienststellen vertrete und damit ein breites Spektrum mit unterschiedlichen Arbeitsgebieten abdecke. Sie dankte den Mitgliedern, dass sie für die Interessen anderer einstünden, vor allem auch durch die Arbeit in den Interessenvertretungen. So leisteten die GdP-Mitglieder auch einen unverzichtbaren Teil für die Sicherheit des Landes. Hier reiche der Dank an die Kolleginnen und Kollegen jedoch nicht aus, sondern müsse sich auch in materieller Wertschätzung ausdrücken. Faeser sicherte zu, dass sie auf der Seite der Gewerkschaft stehe. Weiterhin verwies die Politikerin auf technische Entwicklungen, die auch kriminelle Strukturen und Vorgehensweisen berührten und änderten. Beim Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müsse eine härtere Gangart eingelegt werden, forderte Faeser. Beispielsweise Clankriminalität sei zwar weniger sichtbar, jedoch nicht weniger gefährlich. Vor allem auch bei Delikten der sexuellen Gewalt gegen Kinder ist laut der Ministerin eine gute Personalausstattung geben und konsequentes Handeln notwendig.

BKA-Präsident Münch gratulierte zum 60-jährigen Bestehen der GdP im BKA und stellte fest, dass an dieser Stelle wichtige Arbeit geleistet werde und die GdP auch in Krisenzeiten verlässlich ihre Aufgabe erfülle. Münch würdigte überdies das Engagement der JUNGE GRUPPE (GdP). Der GdP im BKA komme, so der BKA-Präsident, eine wichtige Aufgabe zu, weil über die Personalräte der Kontakt zu den Beschäftigten gehalten werde. Diese Vertreterinnen und Vertreter seien wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner, die die Rahmenbedingungen zum Besseren hin gestalten könnten.

Termin



ASPHALTAUSFLUG

Bikertreffen im Harz Sophienhof

Vom 30. September bis 3. Oktober findet in Sophienhof Nähe Nordhausen/Harz ein offenes Motorradtreffen für Biker aus der Polizei, der Justiz, dem Zoll und deren Angehörigen statt. Geplant sind Ausfahrten in die nähere und weitere Umgebung, so nach Thale, Wernigerode, Oker, Goslar, Duderstadt und Torfhaus.

Detlef Schöne

Am Folgetag nahm der außerordentliche Delegiertentag seine Arbeit auf. Dieser war notwendig geworden, da nur in Präsenz über zwei Satzungsanträge abgestimmt werden konnte.

Der erste Antrag befasste sich mit dem Organisationsbereich des Bezirks BKA und der Frage, ob die Kreisgruppe der Stasi-Unterlagen-Behörde nach der Fusion mit dem Bundesarchiv hier noch organisiert werden könne. Nach einer intensiven Debatte entschieden die Delegierten mit überwältigender Mehrheit, dass die Kreisgruppe BStU als eine der aktivsten Gruppen weiterhin zum Bezirk BKA gehören werde. In einem zweiten Antrag verabschiedeten die Delegierten die Umbenennung der Kreisgruppe BStU in Kreisgruppe Bundesarchiv. ■

Die Touren werden vor Ort ausgehängt. Sie werden von erfahrenden Tourguides begleitet. In gemütlicher Atmosphäre lassen sich dann abends nach PS-starkem „Ausritt“ interessante Benzingespräche rund um das Bike führen.

Die Unterbringung erfolgt im Hotel Brauner Hirsch, Dorfstraße, Sophienhof. Es gibt Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension.

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit IPA und Blue Knights statt. Eventuell anfallende Gewinne werden einem Kinderheim gespendet.

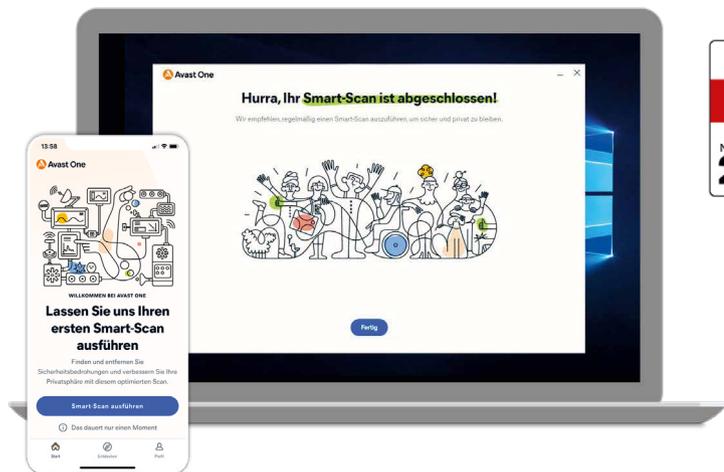
Weitere Informationen telefonisch unter **0160-66 545 14** oder E-Mail **detlef-schoene@freenet.de** oder **biker858@freenet.de**

ANZEIGE

Deine Daten: geschützt



GdP-Plus Angebot:
75%
Rabatt für Mitglieder & Familie

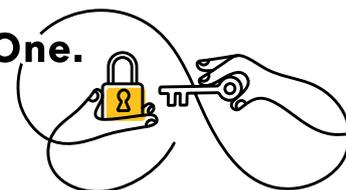


Deine Privatsphäre: geheim

Sicherheit, Privatsphäre & Performance in One.



Wir schützen die digitale Freiheit für alle.



* Das Angebot ist gültig bis zum 31.01.2023 über den angegebenen Link und beinhaltet Avast One Individual für das erste Jahr als Download für bis zu 5 Endgeräte (PC, Mac, Android und iPhone/iPad). Es können zusätzliche Kosten für den Download durch den jeweiligen Internetanbieter entstehen. 2022 Copyright Avast Deutschland GmbH.

Innenleben



**Gewerkschaft
der Polizei**
Sachsen



Der neue sächsische GdP-Landesvorsitzende Jan Krumlovsky (l.) mit dem sächsischen Innenminister Armin Schuster (m.) und dem scheidenden Landesvorsitzenden Hagen Husgen (r.).

LANDESDELEGIERTENTAG DER GdP SACHSEN

Sachsen – Sicherstes Bundesland?

Unter dem Motto „Sachsen – sicherstes Bundesland?“ trafen sich Mitte Juni in Dresden 82 Delegierte zum zweitägigen 8. Ordentlichen Landesdelegiertentag der Landes-GdP. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählten einen neuen Vorstand und bestimmten die Eckpfeiler der künftigen Arbeit.

Pressestelle GdP Sachsen

Nach dem Absolvieren einiger Formalien stand die Wahl des neuen Geschäftsführenden Landesvorstandes an. Nicht wenige der „alten Hasen“ waren in den vergangenen Monaten bereits in den wohlverdienten Ruhestand gegangen und traten daher nicht erneut an – was auch teils für den bisherigen Landesvorsitzenden Hagen Husgen galt, der nach elf Jahren für diese Funktion nicht mehr kandidierte. Eine neue Generation sollte die Geschicke der sächsischen GdP in ihre Hände nehmen. Zunächst jedoch galt der Dank Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Jahren viel Zeit für die GdP Sachsen aufgewendet hatten und nunmehr dabei sein, von Bord zu gehen: Christin Gerull (stellvertretende Schriftführerin), Eckehard Goudschmidt (stellvertretender Landesvorsitzender), Torsten Scheller (stellvertretender Landesvorsitzender), Matthias Büschel (stellvertretender Landesvorsitzender und DP-Redakteur), Udo Breuckmann (Landeskassierer) und Viktor

Doerfer (Landeskontrollausschuss) sowie der bereits genannte Hagen Husgen (Landesvorsitzender).

Auch Erik Berger gab sein langjähriges Amt als Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrates in Sachsen ab und verabschiedete sich in den Ruhestand. Einige der Ausgeschiedenen bleiben der GdP Sachsen mit ihrem Erfahrungsschatz jedoch auch künftig als aktive Mitglieder in anderen Gremien erhalten und werden darüber hinaus die neuen Kolleginnen und Kollegen in den Vorständen tatkräftig unterstützen.

Zu den Wahlen: Ein sehr gutes Ergebnis konnte Jan Krumlovsky einfahren, der zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde. Als seine Stellvertreter fungieren nunmehr Hagen Husgen, Carmen Kliem, Christin Kollin und Jörg Günther. Nach der Wahl von Thomas Pfeil zum neuen Landeskassierer, kam es um die Stellvertreterposition zu einer Stichwahl, die Uwe Wendt für sich entscheiden konnte. Schriftführer ist Mike Pfütz-

ner. Er wird vertreten durch Daniel Koch.

Durch den anschließenden Festakt führte der Landesjugendvorsitzende Ben Megyery und übergab gleich das Wort an Minister Schuster, den GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow sowie den neuen sächsischen GdP-Chef.

Am zweiten Tag verabschiedeten die Delegierten einstimmig den Leitantrag „Für uns, für euch, für alle – Für eine menschenzugewandte Polizei in einer streitenden und sich wandelnden Gesellschaft“. Dieser werde somit neben dem GdP-Arbeitsprogramm 2020 bis 2024 eine wesentliche Arbeitsgrundlage für die neu begonnene Legislaturperiode sein, betonte Krumlovsky. Daneben standen weitere 26 Anträge zur Beschlussfassung.

Für den neuen Geschäftsführenden Landesvorstand liege der Fokus nun auf dem sich „schnell finden“. Die anstehenden Aufgaben sollen angepackt werden, um die GdP und vor allem die Polizei weiter voranzubringen, damit Sachsen das sicherste Bundesland sei. Krumlovsky: „Unsere Beamtinnen und Beamten sowie Tarifangestellten haben zu Recht große Erwartungen, damit ihre Arbeit auch künftig die Wertschätzung erfährt, die es braucht. Die Rahmenbedingungen dazu müssen endlich geschaffen werden.“ ■

Der neue Geschäftsführende Landesvorstand

Jan Krumlovsky

Landesvorsitzender

Hagen Husgen

Stellvertretender Landesvorsitzender

Carmen Kliem

Stellvertretender Landesvorsitzende

Christin Kollin

Stellvertretende Landesvorsitzende

Jörg Günther

Stellvertretender Landesvorsitzender

Mike Pfützner

Landesschriftführer

Daniel Koch

Stellvertretender Landesschriftführer

Thomas Pfeil

Landeskassierer

Uwe Wendt

Stellvertretender Landeskassierer

Foto: Daniel Koch

Vor Ort

Im Gespräch:
GdP-Gewerkschafts-
sekretär Jeldrik Grups (l.)
beim Prakti-Empfang
in Brüssel.



ENDLICH WIEDER IN PRÄSENZ

Brüssel: GdP im Gespräch

In Anlehnung an einen prominenten Kriminalroman sendete die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihren Mann nach Brüssel. Nachdem die Covid-19-Pandemie über beinahe zwei Jahre hinweg immer wieder Steine in dessen (Reise)Weg gelegt hatte, konnte DP-Autor und Gewerkschaftssekretär Jeldrik Grups Anfang Juni endlich europapolitische Luft schnuppern.

Jeldrik Grups

Anlässlich eines Empfanges der Hessischen Landesvertretung bei der Europäischen Union in Brüssel hat die GdP nach langer Coronadurststrecke und zwangsläufig digitaler Überbrückung endlich wieder internationales Parkett betreten.

Mit dem sogenannten Praktikantenempfang, den die Landesvertretung regelmäßig veranstaltet, ergriffen die Hessen schnell eine der ersten Präsenz-Gelegenheiten. Mit dabei, die GdP, die ihre internationale Gewerkschaftsarbeit im Brüsseler Büro mit ei-

nem Stand präsentierte und dort den rund 250 geladenen Gästen als gefragte Ansprechpartnerin diente.

Schwerpunktthema zahlreicher Gespräche war die starke Europäisierung von Politikfeldern wie der Inneren Sicherheit, dem Arbeitsrecht sowie weiteren für die GdP-Gewerkschaftsarbeit relevanten Bereichen. Unter dem Strich gelang es, die Bedeutung und den Mehrwert der GdP-Arbeit gegenüber den europäischen Institutionen zu verdeutlichen. Vor allem die angehenden Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, jedoch auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Landesvertretungen und politischer Interessenverbände, zeigten sich im bilateralen Austausch von den GdP-Positionen vielfach angetan. Allen Beteiligten war zudem anzumerken, wie froh sie darüber waren, an solchen Veranstaltungen wieder präsent und vor Ort teilnehmen zu können. ■

ANZEIGE



15 %
EXTRA
RABATT
auf den Angebotspreis

Jetzt Extra-Rabatt sichern!

gdp.de/gdp-plus

sky

Innenleben



**Gewerkschaft
der Polizei**
Rheinland-Pfalz



Der neu gewählte Landesvorstand (v.l.n.r.): René Klemmer, Peter Hütte, Steffi Loth, Erik Lehnert, Sabrina Kunz, Verena Schäfer, Sven Hummel (vorn), Christian Günter und Ingo Schütte. Leider nicht dabei, Verena Eckert.

LANDESDELEGIERTENTAG IN RHEINLAND-PFALZ

Sabrina Kunz einstimmig bestätigt!

Mehr Zustimmung ging nicht. Die Delegierten des 25. Delegiertentages der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Rheinland-Pfalz schenkten Sabrina Kunz erneut das Vertrauen und bestätigten sie Anfang Juli in Leiwen an der Mosel als Vorsitzende.

Stefanie Loth

Sabrina Kunz bedankte sich gerührt für ihr herausragendes Wahlergebnis. Dieser große Rückhalt bestärke sie angesichts künftiger Herausforderungen. Dieser werde nötig sein, stellte Kunz fest, denn leider lasse sich dort, wo es um den Faktor „Mensch!“ im Land gehe, keine gute Bilanz aufweisen. Rheinland-Pfalz bewege sich bei der Besoldung im besser gewordenen Mittelfeld. Bei den Zulagen mache es aktuell der Bund vor, wie es gehen könne, betonte sie. Kunz: „Und auch sonst tut sich dort, wo es

sich unmittelbar auf das Portemonnaie der Kolleginnen und Kollegen auswirkt, recht wenig. Der Verlust der Kaufkraft in den Jahren davor und das Bewusstsein, dass die zwei Mal zwei Prozent einem Besoldungsdiktat folgten und auch zwingend notwendig waren, um nicht Gefahr einer verfassungswidrigen Alimentation zu laufen, haben zu einem Vertrauensverlust in den rheinland-pfälzischen Dienstherrn geführt.“

Sie zeigte sich dennoch zuversichtlich: „Wenn wir zusammenhalten, den Rückhalt

aus der Mitgliedschaft bekommen, das nötige Durchhaltevermögen haben und Schwerpunkte setzen, wird es uns gelingen, den Menschen Mut und Zuversicht zu geben, um am Ende für die Kolleginnen und Kollegen die Folgen der ganzen Krisen und Katastrophen möglichst gering zu halten und auch das eine oder andere rauszuholen.“

Forderungen

Kunz betonte, man habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt. So stehe die Forderung nach Personalentwicklungskonzepten für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte an. Dabei gehe es um die Möglichkeit der Höhergruppierung oder Beförderung und zur Übernahme von Führungsverantwortung. In Anlehnung an die Beamtenrechtsreform in Baden-Württemberg wolle die GdP im Land die Eingangsbesoldung A 10 im 3. Einstiegsamt heben, eine Regelbeförderung nach A11 umzusetzen, zudem eine Beförderungsinitiative zur Auflösung und Verhinderung von Beförderungsstaus in allen Statusämtern anstoßen. Insbesondere soll eine jährliche Ausweitung der Stellenpläne nach A12 und A13 um mindestens zehn Prozent erfolgen, „damit auch all jene, die alltäglich Führungsverantwortung oder besondere Verantwortung tragen, so entlohnt werden, wie ihre Verantwortung dies rechtfertigt“, unterstrich Kunz.

Mit dem „Leitantrag für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Freiheit“ fordert der GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz einen Expertenrat für die Demokratieförderung und zur Stärkung und Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat. Kunz: „Wir wollen im Bereich Hass und Hetze – insbesondere im Netz – mehr, und wir können das auch.“

Position bezog der Landesdelegiertentag auch über den polizeilich-thematischen Tellerrand hinaus. Soziale Dienstleistungen, Innere Sicherheit und Infrastrukturen seien öffentliche Aufgaben und müssten finanziell und personell vernünftig ausgestattet werden. „Innere und soziale Sicherheit bedingen einander. Zeigen Sie den Menschen einen starken Staat, der zur Hilfeleistung bereit und durchsetzungsfähig ist“, appellierte Kunz in ihrer Grundsatzrede an die politisch Verantwortlichen. ■

Im Detail

URTEIL ZU TÖDLICHEM VERKEHRSunFALL

Gefährliche Ablenkung

Abgelenkt durch sein Handy, überfuhr ein junger Familienvater eine Mutter und deren zwei Töchter. Die Mutter verstarb, die Kinder wurden schwer verletzt. Der Unfallverursacher erhielt vom Oberlandesgericht Hamm eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung. DP-Autor Ewald Ternig mit einer verkehrs- und strafrechtlichen Einordnung des Falles.

Ewald Ternig



Der Angeklagte befuhr am 19. April 2019 gegen 13.15 Uhr mit seinem Pkw eine Außerortsstraße – bei der die Geschwindigkeit auf 70 Kilometer pro Stunde (km/h) reduziert wurde – mit etwa 85 km/h. Dabei antwortete er mit zwei zu tippenden Worten auf eine Nachricht, die auf seinem Smartphone eingegangen war. Beim Aufschauen sah er eine Mutter zu spät, die mit ihren beiden Töchtern auf der Straße mit Fahrrädern unterwegs war. Bei dem Unfall kam die Mutter ums Leben, die beiden Mädchen wurden schwer verletzt. Obwohl der Fahrer bisher nicht strafrechtlich in Erscheinung trat, im Fahreignungsregister nicht registriert war und zur Wiedergutmachung einen Kredit über 10.000 Euro aufnahm, kam für das Landgericht Paderborn keine Bewährungsstrafe mehr in Betracht. Der Angeklagte musste für ein Jahr und neun Monate ins Gefängnis. Er ist selbst junger Ehemann und Vater.

Grobe Verkehrsverstöße

Das Landgericht Paderborn sah in dem Verhalten des Pkw-Fahrers zwei grobe Ver-

kehrsverstöße. Für das Gericht war insbesondere die vorsätzliche Nutzung des Smartphones im Zusammenhang mit einer nicht wichtigen Nachricht von herausragender Bedeutung. Das Gericht stellte im Sinne von Paragraph 56 Absatz 3 Strafgesetzbuch (StGB) fest, dass die Verteidigung der Rechtsordnung diese Strafe erforderlich mache. Zunächst ging das Gericht von einem besonders groben und rücksichtslosen Verstoß aus. Das Gericht stellte fest, dass die Norm (Paragraph 23 Absatz 1a Straßenverkehrsordnung (StVO)) nicht ernst genommen worden sei. Wörtlich: „Ein derartiges besonders rücksichtsloses und mit dem Tode eines anderen Menschen einhergehendes Verhalten im Straßenverkehr gebietet auch unter Berücksichtigung der von der Kammer im Rahmen der Prognoseentscheidung nach Paragraph 56 Absatz 1 StGB und im Rahmen der Abwägung der besonderen Umstände nach Paragraph 56 Absatz 2 StGB dargestellten und nun von der Kammer auch in die Abwägung nach Paragraph 56 Absatz 3 StGB miteinbezogenen besonderen Umstände des Einzelfalles, insbesondere der sozialen Integration des Angeklagten, seiner familiären Bindungen und seiner frühzeitigen vollum-

DP-Autor Ewald Ternig

ist seit 25 Jahren Dozent für Verkehrsrecht/ Verkehrslehre an der Hochschule der Polizei in Rheinland-Pfalz. Ebenso ist er Mitglied einer bundesweiten Arbeitsgruppe der Polizei zum autonomen Fahren.

fänglich geständigen Einlassung, die Vollstreckung der verhängten Freiheitsstrafe. ... Eine Strafaussetzung zur Bewährung würde bei der – auch über die angenommenen „besonderen Umstände“ im Sinne des Paragraphen 56 Absatz 2 StGB informierten – Bevölkerung auf völliges Unverständnis stoßen und deren Rechtsgefühl und Rechtstreue ernstlich beeinträchtigen...“

Das Oberlandesgericht Hamm erkannte keinen Fehler der Kammer bei seiner Argumentation, weshalb es bei der Entscheidung des Landgerichtes Paderborn blieb.

Unter dem Strich

Die Gerichte erkennen bei der Smartphone-Nutzung, insbesondere beim Schreiben entsprechender Nachrichten und der damit verbundenen Blickabwendung vom übrigen Verkehrsgeschehen, besonders schwerwiegende Verstöße. Auch wenn man künftig rund um die Überwachung der Bestimmung neue Wege beschreitet (in Rheinland-Pfalz ist die sogenannte „Monocam“ probeweise im Einsatz, die die Handy-Nutzung mittels Kamera überwacht), sollte nicht nur das „In-der-Hand-halten“ im Sinne des Paragraph 23 Absatz 1a StVO im Fokus der Polizei sein, sondern auch die Fälle, bei denen der Blick auf die zum Teil sehr großen Bildschirme im Fahrzeug dazu führt, dass man nicht mehr aufmerksam am Verkehr teilnimmt. Die Bußgelder von 100 Euro (Formalverstoß) bis 200 Euro (mit Sachbeschädigung) und einem Fahrverbot, wenn zumindest eine konkrete Gefahr aus der Nutzung resultiert und einem bis zwei Punkte im Fahreignungsregister, ist eine Sanktionsform. Bei Unfällen mit Personenschäden, damit zumindest fahrlässige Körperverletzung, sollte an den Entzug der Fahrerlaubnis im Sinne des Paragraph 69 Absatz 1 StGB gedacht werden. Ob man die sogenannten Todsünden in Paragraph 315 c Absatz 1 Nr. 2 StGB (Gefährdung des Straßenverkehrs) bei dem Verstoß gegen Paragraph 23 Absatz 1a StVO erweitert, sollte ebenfalls diskutiert werden, damit der am Verkehr Teilnehmende diese Bestimmung ernst nimmt, was das Oberlandesgericht Hamm und das Landgericht Paderborn bezweifelt. ■

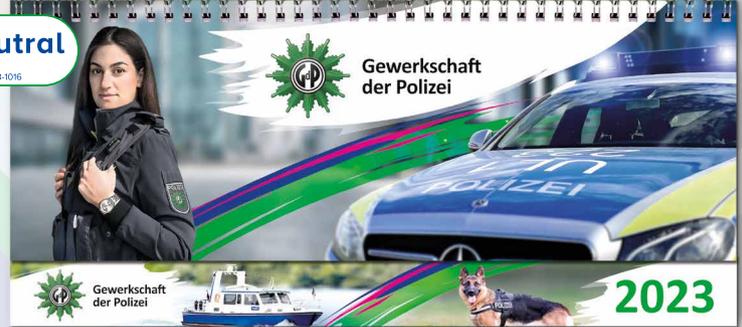
DAS PASSENDE FORMAT FÜR



TISCHQUERKALENDER

Format ca. 33 x 11,5 cm plus 3 cm Fußleiste
230161

☀️ 2,25 € 2,85 €



VIERMONATSPLANER

Format ca. 29 x 68 cm
230150

☀️ 1,55 € 1,95 €



Kreisgruppe Hildesheim

Dezember 21 Arbeitstage

Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
48				1	2	3	4
49	5	6	7	8	9	10	11
50	12	13	14	15	16	17	18
51	19	20	21	22	23	24	25
52	26	27	28	29	30	31	

1. Advent 2. Advent 3. Advent 4. Advent 5. Advent 6. Advent 7. Advent 8. Advent 9. Advent 10. Advent 11. Advent 12. Advent 13. Advent 14. Advent 15. Advent 16. Advent 17. Advent 18. Advent 19. Advent 20. Advent 21. Advent 22. Advent 23. Advent 24. Advent 25. Advent 26. Advent 27. Advent 28. Advent 29. Advent 30. Advent 31. Advent

Januar 31 Arbeitstage **2023**

Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
1	2	3	4	5	6	7	1/8
2	9	10	11	12	13	14	15
3	16	17	18	19	20	21	22
4	23	24	25	26	27	28	29
5	30	31					

1. Januar 2. Januar 3. Januar 4. Januar 5. Januar 6. Januar 7. Januar 8. Januar 9. Januar 10. Januar 11. Januar 12. Januar 13. Januar 14. Januar 15. Januar 16. Januar 17. Januar 18. Januar 19. Januar 20. Januar 21. Januar 22. Januar 23. Januar 24. Januar 25. Januar 26. Januar 27. Januar 28. Januar 29. Januar 30. Januar 31. Januar

Februar 21 Arbeitstage

Woche	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
			1	2	3	4	5

JAHRESPLANER DIN A4

Zweiseitig mit Ferienplan auf Rückseite Format DIN A4,
29,7 x 21 cm
230199

☀️ 0,20 € 0,25 €



BUCHKALENDER

Format DIN A5,
ca. 14,8 x 21 cm
230170

☀️ 5,25 € 6,60 €

Gewerkschaft der Polizei **2023**

Dezember '22	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar '24
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10
11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11
12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12	12
13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13	13
14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14	14
15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15
16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16	16
17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17	17
18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20	20
21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22
23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23	23
24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24	24
25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25	25
26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27	27
28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28
29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30
31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31	31

JAHRESWANDPLANER DIN A1 + A2

Zweiseitig mit hochformatigem Kalendarium auf Rückseite,

Format DIN A1, 59,4 x 84,1 cm
230175

☀️ 0,60 € 0,75 €

Format DIN A2, 42,0 x 59,4 cm
230187

☀️ 0,45 € 0,60 €

TISCHAUFSTELLKALENDER

Format ca. 29 x 68 cm
230240

☀️ 2,55 € 3,15 €



Gewerkschaft der Polizei **2023**

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30
31					

2023

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag
1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30
31					

JEDEN TAG



Gemeinsam in einem starken Team.
Kompetenz, Energie und Leidenschaft
die GdP die berufliche Interessen der bei uns beschäftigten Mitarbeiter



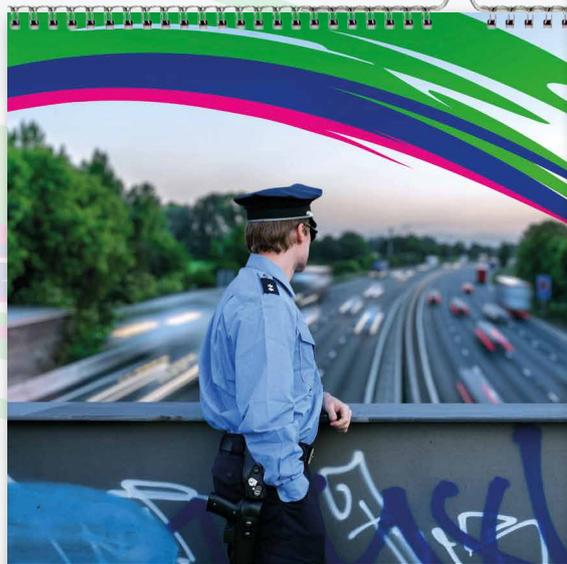
Weitere Kalender-Produkte findest Du unter www.osg-werbemittel.de/produkte/kalender

TRASCHENKALENDER
4-farbig bedruckte
Kalenderbroschüren
in transparentem
PVC-Einband,
Format 8,5 x 13,7 cm
230205

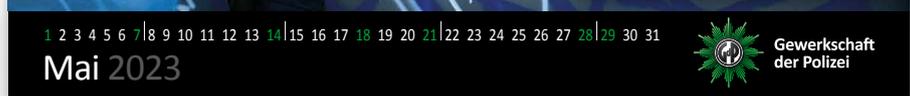
☀️ 1,05 € 1,35 €



BILDKALENDER
Format 62,6 x 44,1 cm
230216
☀️ 13,95 € 17,50 €



Polizeikalender 2023



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de

Innenleben



Die beiden GdP-Vizes Dietmar Schilff (3.v.l.) und Jörg Radek (5.v.r.) mit den AG-Teilnehmenden bei den Vorarbeiten zur Themensammlung.

ARBEITSGEMEINSCHAFT GROSSSCHADENSEREIGNISSE

Lernen aus Katastrophenlagen

Zur Kick-off-Sitzung der Arbeitsgruppe (AG) „Großschadensereignisse“ trafen sich Mitte Juni in Berlin unter der Leitung der stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff und Jörg Radek Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz (RP), Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (NRW) und der Bundespolizei. Im Blick: die „Krisenresilienz“ der Polizeien hierzulande.

Michael Zielasko

Nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr wolle die GdP erörtern, wie die Polizeien hierzulande bei sogenannten Großschadensereignissen aufgestellt seien, betonte GdP-Vize Schilff zu Beginn der Tagung. Zudem sollte darüber diskutiert werden, welche Maßnahmen notwendig seien, um das Katastrophenmanagement vor Ort – vor

allem auch in Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden und Einsatzkräften wie der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk – zu verbessern. Im Fokus der AG neben Hochwasserlagen daher auch Waldbrände, Stürme und vergleichbare Lagen. Auch der GdP-Bundeskongress Mitte September wird sich Schilff zufolge intensiv mit der Krisenresilienz der Polizeien beschäftigen.

Teils massive Probleme

Zunächst berichteten die AG-Teilnehmenden über ihre persönlichen Erfahrungen während der Katastropheneinsätze. Die RP- und NRW-Vertreter, Stefanie Loth und Alexander Ponickau, schilderten neben technischen, strukturellen und polizeilichen Abläufen auch die hohen Belastungen der vor Ort eingesetzten Kräfte sowie die in der Folge stattgefundenen politischen und innerpolizeilichen Debatten.

Tiefere Einblicke gaben sie zudem in interne polizeiliche Abläufe, darunter teils massive Probleme bei der Behandlung von Kolleginnen und Kollegen, die selbst von Katastrophenlagen betroffen waren. Stichworte wie Plündereien, Bürgerwehr, Querdenker, Schaulustige, Helfermassen, Spendenbereitschaft, Hilflosigkeit, Unverständnis und kriechende Langsamkeit sorgten selbst mit dem zeitlichen Abstand zur Jahrhundertflut an Ahr und Erft noch für sehr nachdenkliche und bedrückte Stimmung.

Es hapert gewaltig!

Nach einem intensiven Meinungsaustausch sah die AG erheblichen Diskussionsbedarf angesichts der aus ihrer Sicht mindestens

lückenhaften Krisenresilienz der deutschen Polizeien.

Die Arbeitstagung verdeutlichte, dass prinzipiell keine Bereiche des polizeilichen Einsatz- und Personalmanagements oder Ausstattungs- und Verwaltungsfragen ausgenommen werden könnten, sollte künftig auf Katastrophenlagen wie extremes Hochwasser, massive Stürme oder Waldbrände effizienter und gesichert autonom reagiert werden können.

Haushaltsmittel, Personal, Ausstattung, Infrastruktur, Führung, Liegenschaften, formale und rechtliche Voraussetzungen, Logistik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Überschriften und Schlüsselwörter einer Sammlung von Ansatzpunkten für eine krisenfesten Polizei, hatten die Teilnehmenden zuvor herausgearbeitet.

Als herausragende Punkte kristallisierten sich die Forderung nach der Anerkennung von Dienstunfällen, Fragen der Beihilfe und Arbeitszeiten, Rückfallebenen auf analoge Führungs- und Einsatzmittel, autarke mobile Wachen, Arbeitsschutzausstattungen auch für eingesetzte Tarifbeschäftigte, geländetaugliche Fahrzeuge, ein zentrales Katastrophenmanagement, die zeitnahe Einsatznachbereitung, zeitgemäße Standards für Liegenschaften, Sonderurlaubsregelungen für Kolleginnen und Kollegen in besonderen Situationen als Helfer sowie Opfer, gemeinsame Leitstellen, eigene Küchen und deutlich mehr lageunabhängige Vorabkommunikation.

In der kommenden Septemberausgabe spricht Alexander Ponicka über seine Erlebnisse in der Flutnacht. Der nordrhein-westfälische Polizeibeamte stand mit seiner Familie nach dem Durchbruch der Wassermassen buchstäblich vor dem Nichts. Wie es ihm erging, heute geht, seine Gedanken, Beobachtungen und Gefühle schildert er in einem DP-Gespräch. ■



AG Großschadensereignisse: Am Ende hat die Themenwand kaum ausgereicht.

Innenleben



Zur Zukunft hier entlang bitte: Jochen Kopelke (l.) und BFA-Chef Sven Hüber am Rande der Sitzung des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht.

BEAMTENPOLITIK

GdP: Ein starker Partner

Im Juni traf sich der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) in Berlin zur letzten Sitzung vor dem Bundeskongress. Mit dabei: der Kandidat des Bundesvorstandes für den GdP-Bundesvorsitz, Jochen Kopelke aus Bremen.

Gudrun Hoffmann

Für den Bremer ist vor allem eines wichtig: Die Schere in der unterschiedlichen Besoldung und der Versorgung darf künftig nicht weiter auseinander gehen. Gerade in länderübergreifenden Einsätzen, wie beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau, trafen Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet und Polizeibereichen aufeinander und leisteten die gleiche wichtige Arbeit – zu unterschiedlicher Bezahlung. Die mühsam und zu jeder Zeit vor Ort geleisteten Arbeits- und Überstunden seien aber nicht gleich viel wert.

Die Arbeit im Einsatz auf der Straße oder im Homeoffice sowie die ausgleichende Freizeit müssten in Zukunft besser und flexibler aufeinander abstimbar sein. Starre Arbeitszeitmodelle seien für eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit anzupassen. Die GdP wolle und werde auch künftig die starke Stimme für Besoldungsgerechtigkeit sein, egal, wo Beschäftigte wohnten oder arbeiteten.

Sven Hüber, Vorsitzender des Bundesfachausschusses und Kandidat des Bundesvorstandes für den stellvertretenden Bundesvorsitz betonte, dass es künftig auch einen besseren Wissenstransfer von ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen in den verdienten Ruhestand geben müsse, damit die großen Personalabgänge starker Einstellungsjahrgänge nicht zu Einbußen in der Professionalität von Polizeibehörden führten. Versorgungsempfängerinnen und Empfänger blieben im Fokus des BFA BB und dürften von Besoldungsentwicklungen nicht abgehängt werden.

Hüber und Kopelke sind sich einig: Geleistet hat auch nach dem aktiven Dienst einen hohen Wert.

Mit Stolz blicken beide auf die GdP als wichtigen und einflussreichen Akteur und starken Partner auf der politischen Bühne in Fragen der Besoldung und Versorgung. ■

Innenleben



DGB-BUNDESKONGRESS

Seniorenpolitische Forderungen beschlossen

Der diesjährige Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) stand zwar außergewöhnlich stark unter dem Einfluss von Pandemie, Krieg und enormen Preissteigerungen. Seniorenpolitik wurde jedoch auch behandelt. Ein Kongressbericht.

Ewald Gerck

Als einziger Seniorenvertreter in der 17-köpfigen Delegation der Gewerkschaft der Polizei (GdP) hätte ich mir eigentlich „verloren“ vorkommen müssen. Nachdem jedoch die Mandatsprüfungskommission festgestellt hatte, dass fast 21 Prozent der Delegierten älter als 60 Jahre waren, kehrte sich das Bild. Doch nun zu „unseren“ Themen ...

Lebensältere nicht konkret genannt

In ihrer Grundsatzrede sprach die neue Vorsitzende Yasmin Fahimi von betrieblicher Mitbestimmung, Transformation der Arbeitswelt und deren künftige Gestaltung. Die über 1,1 Millionen Seniorinnen und Senioren im DGB kamen darin nicht direkt vor. In der folgenden Aussprache betonte ich, dass es uns Seniorinnen und Senioren sehr gefreut hätte, hätte der DGB hier öffentlich erklärt: Jawohl, wir stehen zu unseren Seniorinnen und Senioren im DGB. Unsere Seniorinnen und Senioren leisten für diese Gesellschaft eine herausragende Arbeit. Wo wäre diese Gesellschaft, wo wären die Familien ohne die Betreuung der Kinder durch die Älteren? Wo wären wir ohne deren Engagement bei den Tafeln, bei den Sozialverbänden, den Kirchen und nicht zuletzt bei den Gewerkschaften? Senioren leisten jedoch nicht nur, sie benötigen natürlich Beistand, auch gewerkschaftlichen.



GdP-Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerck bei der Aussprache am Mikrophon auf dem DGB-Bundeskongress.

Als GdP-Seniorinnen und Senioren stellen wir jedoch fest: Man will unsere Zukunft für uns bestimmen. Ich appelliere: Gebt uns eine Chance. Unterstützt uns dabei, dass wir diese mitgestalten können. Das ist wichtig, und das ist auch zukunftsweisend für die junge Generation. Das Beispiel der Ausgrenzung der Rentnerinnen und Rentner bei der Energiepauschale zeigt leider deutlich, wie man mit uns Älteren umgeht, nämlich in einer Art und Weise, wie wir es nicht verdient haben.

Nach der Ochsentour

Der zentrale Seniorenantrag beschäftigte sich mit der Verbesserung der Lebenssituation

älterer Menschen. Weil die Senioren immer noch nicht eigenständig antragsberechtigt sind, war die Ochsentour über den DGB-Bundesvorstand gegangen worden. Mit dem Antrag wird die Bedeutung der gewerkschaftlichen Seniorenpolitik hervorgehoben. Sie wirkt nämlich gleichbedeutend mit den Zukunftsthemen „Transformation der Arbeit“ und „Soziale Absicherung“.

„Wichtig ist mir an dieser Stelle, dass wir dem Antrag nicht nur auf dem Papier zustimmen – das ist sicherlich ein erster Schritt –, sondern dass wir das tatsächlich leben, vorantreiben und Altersdiskriminierung in jeder Form Einhalt gebieten. Unsere Gesellschaft muss die besonderen Bedürfnisse von Senioren nicht nur bei der Digitalisierung oder beim Öffentlichen Personennachverkehr (ÖPNV) bedenken, sondern auch in allen anderen Lebensfeldern“, stellte DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel fest, in deren Ressort die Seniorenpolitik fällt.

Neben wenigen Delegierten im Seniorenalter meldete sich sonst niemand zu Wort. Gleichwohl waren deren Wortbeiträge umso gewichtiger. Verdeutlicht habe ich, dass Senioren sich immer noch als Anhängsel fühlen und weder Stimme noch Antragsrecht haben. Aus GdP-Sicht haben wir uns auch den „Mobilitäts“-Teil anders vorgestellt. Demnach müsse der interkommunale Verkehrsbereich sowie der Personennah- und Fernverkehr zukunftsweisend umgestaltet werden. Warum? Weil die Städte, die Kommunen autogerecht gestaltet worden sind, jedoch nicht für Fußgänger, nicht für Fahrradfahrer, nicht für Personen mit Kinderwagen und schon gar nicht für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen. Und genauso ist es beim kommunalen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Wer innerhalb von Ortschaften für den öffentlichen Personennahverkehr Geld verlangt, macht etwas verkehrt. Ziel der GdP ist übrigens auch, die Städte sauberer und lebenswerter zu machen. Kostenlose Shuttles, sogenannte Bürgerbusse, wären aus unserer Sicht ein erster Schritt in eine für Menschen gemachte Kommune.

Ich sage, die Seniorinnen und Senioren im Deutschen Gewerkschaftspunkt haben bis dato schon viel erreicht, für uns Lebensälteren in der GdP ein Ansporn, uns noch nachhaltiger für die berechtigten Anliegen der Senioren einzusetzen. ■

Innenleben



Anfang Mai in Potsdam: Der Bundesseniorenvorstand auf dem Weg nach vorn.

BUNDESSENIORENVORSTAND TAGTE

Mitgliederbindung und Ruhestand

Im Mai 2022 erörterte der Bundesseniorenvorstand (BSV) Wege, dem Austritt von Mitgliedern vor Eintritt in den Ruhestand effektiv entgegenzuwirken. Auch das Bereitstellen von Informationen zum „dritten“ Lebensabschnitt spielte bei der Tagung eine wichtige Rolle.

Ewald Gerck

Im GdP-Seminar „Führungskräfte training“ (2021) hatten sich junge Teilnehmende mit Fragen rund um das Austrittsverhalten älterer GdP-Mitglieder beschäftigt. Das Ergebnis stellte eine Handlungsempfehlung an den Bundesvorstand dar. Der Bundesseniorenvorstand nahm dies zum Anlass, um mit dem AG-Mitglied Iven Malte Rupsch (GdP Bundespolizei) den Themen-

komplex zu besprechen. Flächendeckend müssten in den GdP-Strukturen sogenannte Kümmerer installiert werden – so eine Aussage der Handlungsempfehlung. Diese sollten in den verschiedenen Interessenskomplexen der Mitglieder Anlaufstelle vor Ort sein. Ein spezifisches Problem bestehe bei älteren GdP-Mitgliedern, die zwar noch aktiv ihren Dienst verrichteten, sich aber

bereits mit den Themen rund um ihren bevorstehenden Ruhestand beschäftigten. Für diese Kolleginnen und Kollegen müssten idealerweise Kümmerer gleichen Alters vor Ort sein. Ihre Installation sei Aufgabe der GdP-Vorstände vor Ort.

Um die vorhandenen Informationsmedien zielgerichteter für die Mitglieder zur Verfügung stellen zu können, wurden die beiden bewährten Broschüren „Vorbereitung auf den Ruhestand“ und „APS-Vorsorge“ einer inhaltlichen Bewertung unterzogen, Verbesserungsvorschläge, Aktualisierungen herausgearbeitet und beraten. Es dürfe jedoch nicht nur das eine Medium geben, so die lebensälteren Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die Verzahnung aller GdP-Medien sei die Grundlage für einen zukunftsweisenden Wissenstransfer. Gerade die Broschüre „APS-Vorsorge“ bedürfe in diesem Zusammenhang der inhaltlichen und optischen Aktualisierung. Jedes GdP-Mitglied sollte sich bereits zu Beginn der Polizeiaufbahn mit deren Inhalt beschäftigen, so die Auffassung des Gremiums. Die Bundespolizei gehe hier mit gutem Beispiel voran. Diese habe innerdienstliche Verfügungen erlassen, die solche Vorträge von dienstlicher Seite anböten. Ein Beispiel, das bundesweite Geltung haben sollte.

Die Informationsverbreitung durch die GdP funktioniert dem Bundesseniorenvor-

Innenleben



SENIORENGRUPPE
Gewerkschaft der Polizei

BUNDESSENIORENVORSTAND

Ehre, wem Ehre gebührt

Im Mai tagte der Bundesseniorenvorstand (BSV) in Potsdam. Neben vielfältigen Themen stand vor allem die Verabschiedung der ausgeschiedenen Kollegin und Kollegen im Mittelpunkt der Sitzung.

Ewald Gerck

stand zufolge bei selbstkritischer Betrachtung nicht immer so, wie es sich die Mitglieder wünschen. Es bestehe Verbesserungsbedarf bei Bereitstellungen sachdienlicher Informationen in unseren GdP-Medien. Ein GdP-Mitglied, das vor dem Ruhestand stehe und sich mit diesem Lebensabschnitt beschäftige, habe spezifische Fragen, die nicht jeder Funktionär vor Ort umfassend beantworten könne. Die Seniorengruppe sei kompetenter Ratgeber und auch direkter Ansprechpartner. Deshalb sei es für jedes Mitglied wichtig, auch nach der Ruhestandsversetzung GdP-Mitglied zu bleiben.

Immer bedeutungsvoller werde in der Seniorenarbeit die Teilnahme an Fachkommissionen (FK) und Arbeitsgruppen (AG) in- und außerhalb der GdP. In der Fachkommission Grundsätze der Seniorenpolitik der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) solle künftig Altersarmut, Rente und Versorgung, Sozialleistungen, Wohnen im ländlichen Raum, Altersdiskriminierung und die gesellschaftliche Teilhabe schwerpunktmäßig behandelt werden. Gundula Thiele-Heckel aus dem Geschäftsführenden GdP-Bundesseniorenvorstand (GBSV) berichtete von der FK Gesundheit und Pflege der BAGSO. Pflege müsse wegen drohender Gewinnmaximierung bei Privatisierung von Pflegeeinrichtungen und die stets gewollte Stärkung der häuslichen Pflege neu überdacht werden.

Volker Huß (GBSV) berichtete von der Tagung der GdP-Werbebeauftragten. Zentraler Inhalt war das GdP-Vertrauensleute-Programm. Ist der Begriff Vertrauensleute noch zeitgemäß? Um diese Frage beantworten zu können, müsse zunächst Positives und Negatives beleuchtet und dann ein neues, zukunftsweisendes Konzept zur Vertrauensleutearbeit erstellt werden. Schließlich seien gute und engagierte Vertrauensleute die Basis erfolgreicher GdP-Arbeit. Und dies insbesondere in der Seniorenbetreuung vor Ort. Uwe Petermann (GBSV) hatte am Bundesfachausschuss (BFA) Bereitschaftspolizei teilgenommen. Corona, Demonstrationen, der zu jenem Zeitpunkt noch anstehende G7-Gipfel, die Flüchtlingskrise und die mangelnde finanzielle Ausstattung waren beraten worden. Der BFA-Krippo, an dem Winfried Wahlig (Bezirk BKA) teilnahm, hatte schwerpunktmäßig die kriminalpolizeilichen Anträge für den GdP-Bundeskongress im Herbst beraten. ■

Als Bundesseniorenvorsitzender hatte ich die Ehre, die in der zurückliegenden Wahlperiode ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder zu würdigen und deren gewerkschaftlichen Vitae, untermalt mit Bildern aus deren Wirken, darzustellen.

Winfried Wahlig, mein Vorgänger im Amt des Bundesseniorenvorsitzenden begann seine GdP-Laufbahn 1978. In den darauffolgenden Jahren engagierte er sich in unterschiedlichen GdP-Gremien und wurde 2014 zum Bundesseniorenvorsitzenden gewählt. Auch nach seinem Rückzug aus diesem Amt wirkt er weiterhin als Vorsitzender der Seniorengruppe im GdP-Bezirk Bundeskriminalamt. Danke, Winfried.

Mit der Brandenburgerin **Sigrid Graedtker** ist eine Frau von Bord gegangen, die sich zwölf Jahre im Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV) eingebracht hat. Gleichzeitig war sie Vorsitzende der Brandenburger GdP-Senioren. Das hat sie alles neben den herausfordernden Aufgaben und Verpflichtungen in ihrer Familie geleistet. Das verdient Respekt. Danke, Sigrid.

Mit dem Rheinland-Pfälzer **Bernd Becker** geht ein über Jahrzehnte im Bund und in seinem Bundesland engagierter und überzeugter Gewerkschafter von Bord. Er war in der Mitte der vergangenen Wahlperiode auf Horst Müller gefolgt, der sein Stellvertreteramt im GBSV aus persönlichen Gründen niedergelegt hatte. Seine Wahl fand während der Corona-Pandemie statt, eine ebenso herausfordernde spannende Zeit. Danke, Bernd.

Horst Müller, der ehemalige für die Senioren zuständige Gewerkschaftssekretär in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, hatte in sei-

ner Amtszeit die Initiative ergriffen, die GdP-Seniorengruppe (Bund) zu einem stimmberechtigten Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) zu machen. Dank dieser Weitsicht profitierten die GdP-Seniorinnen und Senioren auch weiterhin von der fachlichen Kompetenz dieser AG. Danke, Horst.

Danke auch an nicht mehr im Bundesseniorenvorstand vertretene ehemalige Landesseniorenvorsitzende. Mit **Wolfgang Karzenburg** ist ein Bremer GdP-Urgestein in den gewerkschaftlichen Ruhestand getreten. In der Hansestadt habe er nachhaltige Spuren hinterlassen und ist gleichzeitig Vorbild für viele gewesen, die heute in der gewerkschaftlichen Seniorenarbeit aktiv sind. Danke, Wolfgang.

Der Thüringer **Dieter Johannes** hat die GdP-Seniorenarbeit im Landesbezirk auf vorbildliche Art und Weise gefestigt. Danke, Dieter. Gerade für die ehemaligen Volkspolizisten war es – insbesondere im Zeitraum um die Wiedervereinigung – nicht immer leicht gewesen. Damals nachhaltige Personalstrukturen bei den GdP-Senioren aufzubauen, ist oftmals daran gescheitert, dass Kolleginnen und Kollegen über Nacht aufgrund der Aktenlage aus dem Polizeidienst entfernt worden sind.

Mit **Bernd Voß** aus Mecklenburg-Vorpommern hat ein Landesseniorenvorsitzender die gewerkschaftliche Bühne verlassen, dem viele nachtrauern. Er war Kümmerer, Macher und Vorbild für viele. Hat Bernd um Unterstützung gebeten, sind die Kolleginnen und Kollegen gerne und zahlreich gekommen. Sie wussten stets, Bernd wird sich fürsorglich kümmern. Danke, Bernd.



Foto: GdP/Kay Heselmann

Als Dank und Anerkennung wurde den Ausgeschiedenen für ihr Engagement der GdP-Buddy-Bär überreicht: (v.l.) Erwin Jark, Winfried Wahlig, Edgar Pilz, Bernhard Heckenkemper, Bernd Becker, Dieter Johannes, Siegfried Graetke, Bundesseniorenvorsitzender Ewald Gerke, Klaus-Peter Leiste, Bernd Voß und Harald Dobrindt.

Edgar Pilz aus Sachsen-Anhalt erging es ähnlich wie anderen Seniorenvorsitzenden in den „neuen Ländern“. Auch er war Vorbild und Gestalter sowie ein besonnener und geschätzter Ratgeber, auch auf der Bundessenioren Bühne. Danke, Edgar.

„Vom Seemann zum Hauptkommissar“ konnte man über ihn in einer Zeitung lesen. Gemeint ist der Hamburger **Klaus-Peter Leiste**. Als gelernter Seemann mit weltumspannenden Erfahrungen ist er zur Hamburger Wasserschutzpolizei gewechselt. Gleichzeitig hat er sich in der GdP engagiert und prägte nach seiner Pensionierung die Seniorenarbeit in der Hafencity und auf Bundesebene entscheidend mitgeprägt. Seemann und Gewerkschafter ist man für immer: Ahoi, Klaus-Peter.

Der „kühle Blonde“ aus dem Norden. Das beschreibt **Erwin Jark** aus Niedersachsen

auf treffende Art und Weise. Landesseniorenvorsitzender eines flächenmäßig so großen Landesbezirks zu sein, fordert einen mitunter ganz schön. Er hat dies auf seine nordische Art hervorragend gemeistert. Lobende Worte haben seinen letzten Auftritt bei der letzten niedersächsischen Seniorenkonferenz begleitet. Danke, Erwin.

Beihilfe und Versorgung waren für **Bernhard Heckenkemper** aus Nordrhein-Westfalen zentrale Schwerpunkte seiner Amtszeit als Landesseniorenvorsitzender. Er stand den Mitgliedern oder auch Hinterbliebenen immer mit Rat und Tat zur Seite. Aus dem Schwerpunkt ist eine Passion geworden. Er hat ein Info-System entwickelt, das den Mitgliedern auf der GdP-Landesebene als (Erst-) Info zur Verfügung steht. So stellt man sich Mitgliederbetreuung vor. Diese Kompetenz hat er auch in den Bun-

desseniorenvorstand eingebracht. Danke, Bernhard.

Mit **Harald Dobrindt** verlässt ein alter Mitstreiter, geschätzter und engagierter GdP-Kollege die aktive Bundessenioren Bühne. Die gemeinsamen Jahre mit Dir im hessischen Landes- und Seniorenvorstand waren von Wertschätzung und Anerkennung geprägt. Er war immer zur Stelle gewesen, wenn seine GdP ihn gebraucht hat. In seinem geliebten Mittelhessen ist er nach wie vor der Seniorenchef – und das mit seinem prägenden Markenzeichen, dem rollenden R. Danke, Harald.

Als Dank und Anerkennung ist ihnen allen für ihr jahrelanges Engagement ein GdP-Buddy-Bär überreicht worden. Es wurde noch ein längerer Abend. ■

ANZEIGE



GigaMobil - Tarife

Exklusive Rabatte für Mitglieder der GDP

über **2225%** möglich



☎ 0911/47 733 733

🌐 <https://gdp.vorteilsangebote.de>

Hilfreich



Foto: Roger Stoschek



Foto: GdP NRW/Sven Vüllers

DP-Autorinnen Sylvia Stoschek (l.) und Alexandra Engler

FINANZKRISENBERATUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Wenn die Schulden drücken

In der Finanzkrisenberatung hat Nordrhein-Westfalen (NRW) einen Weg eingeschlagen, der auch für andere Behörden und Bundesländer als Vorbild dienen könnte: eine Finanzkrisenberatung für Beschäftigte der Polizei.

Sylvia Stoschek und Alexandra Engler

Landesbediensteten bleibt im Falle einer Ver- oder Überschuldung die Inanspruchnahme unentgeltlicher, karitativer Einrichtungen verwehrt. Die Bediensteten verfügen über ein festes Einkommen und fallen somit nicht in den Kreis der Anspruchsberechtigten. Diesen Kolleginnen und Kollegen bleibt nur die Möglichkeit, sich an gewerbliche Schuldnerberatungen oder Rechtsanwälte zu wenden, was wiederum mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Innerdienstlich und kostenfrei

Die Finanzkrisenberatung ist eine innerdienstliche, zertifizierte Verbraucherinsolvenzberatungsstelle in NRW, die Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörige innerhalb der Polizei in nahezu allen Problemen im finanziellen Bereich kostenfrei beratend oder betreuend zur Seite steht.

Sylvia Stoschek

ist seit 1989 Tarifbeschäftigte im Polizeipräsidium (PP) Dortmund und fast genauso lange Mitglied der GdP. Seit 2021 ist sie in der Finanzkrisenberatung des PP Dortmund. Zeitlich ließ sie sich zur Schuldnerberaterin an der Hochschule Koblenz ausbilden. Seit 18 Jahren ist sie Tarifvertreterin im örtlichen Personalrat, stellvertretendes Mitglied der Tarifkommission der GdP Nordrhein-Westfalen (NRW) und stellvertretendes Mitglied im PHPR des nordrhein-westfälischen Innenministeriums.

Seit Kurzem ist im Polizeipräsidium Dortmund auch eine Tarifbeschäftigte in der zertifizierten Verbraucherinsolvenzberatungsstelle tätig. Sylvia Stoschek hat eine Weiterbildung zur Schuldnerberaterin an der Hochschule Koblenz absolviert und ist beratend für ihre Kolleginnen und Kollegen tätig. Voraussetzung für die Teilnahme an der Weiterbildung ist die Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2.1 des Allgemeinen Verwaltungsdienstes – analog die Qualifikation zur Verwaltungsfachwirtin beziehungsweise Verwaltungsfachwirt für Tarifbeschäftigte.

Die Weiterbildung zur Schuldnerberaterin umfasst unter anderem die Themen Verbraucherinsolvenzverfahren, rechtliche Grundlagen sowie Verhandlungsführung. Aber auch das Thema Prävention spielt eine wichtige Rolle. Stoschek hat ihre Weiterbildung mit einem Kolloquium zum Thema „Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung im europäischen Vergleich“ ab-

Alexandra Engler

ist seit 1988 im öffentlichen Dienst. Seit 2002 ist sie Beschäftigte der Kreispolizeibehörde Unna. Seit 2018 ist sie Sachgebietsleiterin für Informations- und Kommunikationstechnik sowie Waffen- und Gerätewesen. In der dritten Wahlperiode wurde sie Tarifvertreterin im öPR. Seit der letzten Personalratswahl wurde sie als zweite Tarifvertreterin festes Mitglied im Polizeihauptpersonalrat des Innenministeriums NRW. Sie ist überdies Vorsitzende der Tarifkommission NRW, Mitglied in der Bundestarifkommission (BTK) und Teamerin im Teamer-Arbeitskreis der GdP NRW.

geschlossen und so ihre Zertifizierung zur Schuldnerberaterin erlangt.

Bewusste Entscheidung

Durch ihre Tätigkeiten als Vertreterin im örtlichen Personalrat sowie in der GdP setzt sie sich seit Jahren für die Belange der Kolleginnen und Kollegen ein. Sie hat sich bewusst für diese Stelle entschieden, da die Schuldnerberatung in den letzten Jahren auch innerhalb der Polizei an Bedeutung gewonnen hat und kein Tabuthema mehr sein sollte. Gerade im Hinblick auf Korruptionsfälle zeigen die Erfahrungen, dass es unterschiedliche Indikatoren für eine Korruptionsgefährdung geben kann wie Geldmangel, Verschuldung, ein unerklärlich hoher Lebensstandard sowie Suchtprobleme. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Kolleginnen und Kollegen Unterstützung in nahezu allen finanziellen Bereichen erhalten können.

Lösungen auf der Spur

Im Rahmen ihrer Tätigkeit berät Sylvia die Kolleginnen und Kollegen unter anderem bei folgenden Themen: Trennung/Unterhalt/Unterhaltsvorschussangelegenheiten, Dispo/Kontokorrentlinien, Immobilien, Zwangsversteigerung, Kredit/Darlehn/Ver sicherungsdarlehn/Finanzierungsvarianten, im Krankheitsfalls, bei Erb- und Nachlassangelegenheiten, bei der Unterstützung von Angehörigen aber auch bei Überschuldung in der Sucht.

Gemeinsam mit den Ratsuchenden erarbeitet sie Lösungen, um eine positive Veränderung herbeizuführen. Diese sollen den bestmöglichen Ausweg aus der Krise erkennen. Sie möchte den Kolleginnen und Kollegen helfen, in ein eigenverantwortliches Leben zurückzufinden und mögliche Suchtprobleme, sofern diese nicht schon bestehen, im Vorfeld zu verhindern.

Für die selbständige Übernahme der Finanzkrisenberatung muss die Kollegin nachweislich zwei Jahre als Schuldnerberaterin in einer zertifizierten Beratungsstelle tätig sein. Geplant ist dies in circa drei Jahren, wenn der derzeitige Krisenberater, Polizeihauptkommissar Dieter Tacke, seinen wohlverdienten Ruhestand antreten wird. Wir wünschen der Kollegin viel Erfolg! ■

Das Mehr-wert-Girokonto¹ der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

50,^{Euro}
Startguthaben



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gdp



BB Bank
Better Banking

¹ Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezügeingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Neue Saison, neues Glück.
Wir tippen weiter!



TIPPSPIEL

AM 5. AUGUST GEHT ES WIEDER LOS!

SPANNENDES GdP-TIPPSPIEL

Kampf um die Spitze bis zum Abpfiff

Der Spaß am GdP-Tippspiel hält in den von Pandemie beeinflussten Zeiten an. Die vergangene Fußballsaison war dabei wohl so spannend wie lange keine mehr. Erst am letzten Spieltag kamen die Gewinner in der Einzel- und Teamwertung auf das oberste Siebertreppchen.

Bester Einzeltipper

Hubert „Bültemann“ Wiltink

Foto: privat



Bestes Team: „Reinick“

Marco Reinemuth

Foto: privat



Martin Schötz

Foto: privat



Wolfgang Schönwald

Nach dem Gefühl der Organisatoren wurden gerade erst die Bestplatzierten in unserem GdP-Fußball-Wettbewerb ermittelt. Da steht am 5. August schon der Start der 60. Bundesligasaison und ein neues Tippspiel an. Ganze zwölf Wochen sind seit Mai bundesligafrei geblieben.

Zuvor aber noch ein Blick zurück auf den spannenden GdP-Wettbewerb der Saison 2021/22. Vielleicht lag es auch an den vielen tollen Experten, die Spieltag für Spieltag analytisch genau und möglicherweise mit ein wenig Glück die richtigen Resultate prognostizierten. Den Reiz, einmal hautnah im Borussia-Stadion dabei zu sein, empfinden offenbar immer mehr Teilnehmende: Die Anzahl der User erhöhte sich jedenfalls in der abgelaufenen Saison trotz Corona-Einflüssen erneut von 2.400 auf rund 2.500. Damit ist seit Beginn des Tippwettbewerbes vor sieben Jahren fast eine Verdreifachung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verzeichnen.

Die Sieger wurden im vergangenen DP-Magazin (7/22) schon kurz gewürdigt. Der beste Einzeltipper Hubert Wiltink aus der Umgebung von Bocholt in Nordrhein-Westfalen lieferte sich sehr lange ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit „Wolfgang“, Autor dieses Beitrages und Ex-Pressereferent in der GdP-Bundesgeschäftsstelle.

Der 61-jährige Polizist Wiltrink, in den letzten Jahren im Bezirksdienst der PW Bo-

cholt/LR Borken eingesetzt, machte sich mit seinem Sieg das beste Abschiedsgeschenk selbst. Nach zuvor mehr als 25 Dienstjahren im durchgehenden Wach- und Wechseldienst konnte er 2022 in den verdienten Ruhestand treten.

„Bültemann“, so sein Spielname, nimmt seit drei Jahren am Tippspiel teil. Diese Saison „lief es besonders gut“, lautet sein Fazit. „Am 20. Spieltag hatte ich erstmals die Gesamtführung übernommen. Nachdem ich vom 29. bis 33. Spieltag allein auf Platz eins stand, überholte mich mein größter Konkurrent noch zum Schluss. Da war ich schon etwas enttäuscht, bis sich alles für mich zum Positiven wendete“, erzählt das seit mehr als vier Jahrzehnten organisierte GdP-Mitglied, das den Wettbewerb herausfordernd findet.

Was sollte man quasi im Telegrammstil noch über das Faible unseres Kollegen in Sachen Fußball wissen: „Zum Fußball und Bayernfan wurde ich als Zwölfjähriger durch meine damaligen Idole Sepp Maier und Gerd Müller.“ – „Seit über 50 Jahren bin ich in meinem Heimatverein DJK BARLO 59 e. V. aktiv – als Spieler, Trainer.“ – „Ich war auch dienstlich schon in Bundesligastadien unterwegs. Mein Highlight: die Einsätze in Gelsenkirchen während der WM 2006.“

„Genau das Richtige für uns“

Ein langer Atem zeichnete das siegreiche Team „Reinick“ aus. Im Schlussspurt setzten sich die baden-württembergischen Kollegen Martin Schötz (48) und Marco Reine-

muth (28) an die Spitze der Teamwertung. Dabei forderten die beiden in der Rückrunde die lange führende Mannschaft „LaBerta“ heraus, die teilweise bereits fast 20 Punkte Vorsprung hatte.

Die zwei M „kennen sich schon ewig“ und haben sich bisher dreimal am Tippspiel beteiligt. „Als wir von dem Wettbewerb in der GdP-Zeitung damals lasen, dachten wir, das ist genau das Richtige für uns“.

Doch wer sind die beiden? Martin antwortet auch im Namen seines urlaubenden Mitstreiters.

Noch mit dem Sieg gerechnet? „Nein, waren aber die letzten Male immer oben dabei.“

Schon mal gewonnen? „Wir standen schon ein paar Mal knapp vor einem Spieltagsieg, aber es hat dann leider nie gereicht.“

Welcher Mannschaft drückt ihr die Daumen? „Ich als Berliner der alten Dame Hertha, ein Muss. Aber auch dem SV Sandhausen, weil ich in dem Ort als szenekundiger Beamter arbeite. Marco hingegen für Eintracht Frankfurt und Waldhof Mannheim. Seine Verbundenheit mit der Arbeitsstätte, er ist auf dem Innenstadtrevier in Mannheim tätig.“

Wann erstmals in einem Fußballstadion? „Mit acht Jahren. Und seitdem regelmäßig, meist dienstlich. Marco hingegen hat bei seinen Schichtdiensten mit den vielen Einsätzen oft aber nicht die Möglichkeit.“

Habt ihr selbst mal im Verein gespielt? „In Berlin in meiner Jugend beim BFC Preussen. Marco spielt schon immer Handball.“ ■

ANZEIGEN

Wir finden, ein starker Partner braucht ein starkes Bike!

Deswegen bieten wir GdP-Mitgliedern ein Privatleasing exklusiv zu günstigen Konditionen an.



In unserem GdP Partner Portal kannst Du ganz einfach die Leasingrate für Dein Traumfahrrad ausrechnen und nach einem Händler in Deiner Nähe suchen!





FUSSBALL-WM POLARISIERT

Nicht unsere WM, oder?

Foto: Norbert Schmidt/dpa

Der Fußball bewegt die Fans. Längst auch politisch. Im Fokus: die Fußballweltmeisterschaft dieses Jahres im arabischen Katar. Es formiert sich Protest.

Christoph Ruf

Es war eine auffallend heterogene Gruppe, die sich da am letzten Maiwochenende bei der „Deutschen Sport Jugend“ in Frankfurt am Main getroffen hat: Vertreterinnen von Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen waren ebenso vertreten wie (einige wenige) Vertreter der aktiven Fanszene oder der Organisation „Queer Football Fans“ (QFF), die sich gegen die Diskriminierung von homosexuellen Menschen ausspricht. Was sie zusammenführt in einem Bündnis, das unmittelbar nach dem Treffen die Arbeit aufnahm, ist die kommende Fußball-WM in Katar. Denn die lehnen alle aus Überzeugung ab. Das Motto „Nicht unsere WM“, unter dem künftig diverse kreative Aktionen geplant sind, scheint also gut gewählt.

Dass es die unterschiedlichsten Gründe sind, die die einzelnen WM-Gegner zusammengebracht hat, sei dabei keine Schwä-

che, sondern eine Stärke des Bündnisses, glaubt Dr. Susanne Franke von der Organisation „Back 2 Bolzen“. „Es gibt die unterschiedlichsten Gründe, warum dieses Turnier die Rote Karte verdient hat. Angefangen bei der perfektionierten Korruption rund um die Turnier-Vergabe über die Tatsache, dass es sich um eine geopolitische statt um eine sportliche Vergabe handelt. Im Mittelpunkt steht ja vieles, nur nicht der Fußball.“

Allein die Frage der Menschenrechte sei zudem schon ein Grund, das Turnier abzulehnen, glaubt Franke, die Anfang der 1990er-Jahre die „Schalker Faninitiative e.V./Gegen Rassismus“ gegründet hat und heute für eine Entwicklungshilfe-Organisation arbeitet. „Dabei meine ich Menschenrechte im Sinne von Arbeitsrechten, Frauenrechten und den Rechten der LGBTIQ-Community“. Für Franke ist die Sache klar: Die WM in Katar findet statt, weil das mit dem

Wüstenstaat und der Fifa zwei dubiose Organisationen so wollen, um Geld zu verdienen und ihr Image aufzuhübschen. „Das Ganze ist ein business-to-business-Produkt und nix für Fans.“

Zum Kernteam, das bereits 2020 die Initiative „Boycott Qatar 2022“ in Leben rief, gehören neben den Initiatoren Dietrich-Schulze-Marmeling und Bernd Beyer (Werkstatt-Verlag, Göttingen) „Gesellschaftsspiele e.V.“, „Kicken statt Kucken“, Frankes Initiative „Back2Bolzen“ sowie die Organisationen „Nie wieder“ und „Unsere Kurve“, die wiederum als Bündnis aus vielen dutzend Einzelgruppen bestehen. In Frankfurt waren auch Vertreter der Menschenrechtsorganisationen „Human Rights watch“ und „Amnesty International“ sowie der „Christlichen Initiative Romero“ vor Ort, die sich für faire und menschenwürdige Produktionsbedingungen weltweit einsetzen.

Auch die Expertise dieser weltweit anerkannten Gruppen ist es, die die Organisatoren in ihrem Vorhaben bestärkt, diesem Turnier den Spiegel vorzuhalten. Dass auf den WM-Baustellen 6.500 Arbeiterinnen und Arbeiter gestorben sind, wie der britische „Guardian“ vermeldet, halten viele Fachleute sogar für zu niedrig gegriffen. „Eine Sklavenhalter-Mentalität“, hat hier nicht nur der Künstler Volker-Johannes Trieb ausgemacht,



Stadionbau für die Katar-WM: Scharfe Kritik an den Arbeitsbedingungen.

der aus Osnabrück angereist ist und Ende März mit einer spektakulären Protestaktion vor den Schweizer Fifa-Räumlichkeiten auf die skandalösen Begleitumstände des Turniers aufmerksam gemacht hat. Bei der Auslosung der Partien lud er 6.500 mit Sand gefüllte Fußbälle vor der Zentrale ab – für jeden Toten einen. Bedrückt waren die Bälle mit dem Zitat „Weltgewissen, du bist ein Fleck der Schande.“ Geholfen hatten damals Angestellte und Fans des Drittligisten VfL Osnabrück. In Frankfurt betont Trieb unter Applaus noch einmal, es sei der Gipfel des Zynismus, „wenn Menschen sterben müssen, damit andere ihr Plaisir bei solch einem Turnier bekommen.“ Dass Gianni Infantino da eine völlig andere Wahrnehmung hat, spricht Bände. Der Schweizer Fifa-Boss Katar rief schon im Vorfeld „die beste aller Zeiten“ und „die größte Show der Erde“ aus. „amnesty international“ fordert derweil, die Fifa solle mindestens eine Entschädigung an die Wanderarbeiter zahlen.

Auch dass die rechtliche Situation von Frauen und homosexuellen Menschen kein Ausschlusskriterium für die WM-Vergabe an Katar war, versteht hier niemand. Tatsächlich sieht die Gesetzeslage in Katar vor, dass jede Frau einen männlichen Vormund haben muss, bei dem sie die Erlaubnis für die banalsten Dinge erfragen muss. So darf

eine Frau nicht ohne Erlaubnis des Vormunds heiraten. Als Ehefrau darf sie wiederum weder das Haus verlassen oder die Arbeitsstelle wechseln.

Auch unverheiratete Paare aus Europa tun gut daran, sich den archaischen Bräuchen der Steinzeit-Muslime vor Ort zu beugen. Bass erstaunt sind viele Zuhörer in Frankfurt auch, als sie erfahren, dass auch die deutschen Promis, die gutgelaunte Pool- oder Partyfotos von ihren Doha-Reisen auf Instagram posten, sich und ihren Partnerinnen und Partnern Fake-Eheringe anziehen, bevor sie Hand in Hand an die Hotel-paar oder gar auf die Straße gehen.

Noch schlechter als die Lage von unverheirateten heterosexuellen Paaren ist allerdings die Lage homosexueller Menschen, darauf machen in Frankfurt Vertreter der QFF aufmerksam. Homosexualität kann in Katar grundsätzlich mit bis zu sieben Jahren Haft bestraft werden. Und auch wenn solch ein Urteil seit 1996 nicht mehr ergangen ist, besteht kein Zweifel daran, dass homosexuelle Menschen bei der WM nicht erwünscht sind: Im Auftrag dreier skandinavischer TV-Sender hatten sich vor kurzem Journalisten als schwules Paar ausgegeben und bei insgesamt 69 offiziellen WM-Hotels der Fifa nach einem Zimmer angefragt – angeblich um dort die Flitterwochen zu verbrin-

gen. Mehr als die Hälfte der angefragten Hoteltels reagierte ablehnend und schickte in drei Fällen gleich eine Absage. In den meisten Fällen beließ man es bei dem Hinweis, dass das Paar bei einer Zusage seine Homosexualität nicht zeigen dürfe.

„Da rege ich mich als heterosexuelle Frau genauso auf wie als Freundin der Queer-Szene. Diese Gesetze sind genauso sexistisch wie homophob“, sagt Susanne Franke. Auch sie geht indes davon aus, dass die Gastgeber sich im November und Dezember als weltof-

ANZEIGE

REISEMARKT

Action mit wasser·craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



DP-Autor Christoph Ruf

ist ein Kenner des Fußballs. Der studierte Politikwissenschaftler arbeitete als Redakteur für Sport und Politik zunächst in Freiburg, später bei „Spiegel online“ und ist heute als freier Journalist für renommierte Zeitungen und Nachrichtenmagazine tätig.

Foto: GdP/Hagen Immel

fen und liberal präsentieren werden. Alles andere, so Franke, würde „den Show- und Propagandaeffekt kaputt machen, der dieses Turnier für Katar so wichtig macht. Man wird aber dafür sorgen wollen, dass keine Regenbogen-Flaggen gezeigt werden, um gar nicht erst hässliche Bilder zu produzieren. Aber selbst wenn es da jetzt ein paar Wochen lang etwas ziviler zugehen sollte: Möchte man in ein solches Land? Ich nicht.“ Unmittelbar nach dem Turnier, da ist sich Franke sicher, werde Katar zum Status Quo eines Staates zurückzukehren, der auch keine Gewerkschaften oder Parteien kennt. So sieht es auch Union-Berlin-Fan Sig Zelt, der in Frankfurt einen offenen Brief vorstellt, den seine Organisation, der Fan-Dachverband „ProFans“, an den DFB geschrieben hat. „Wir fordern hiermit den DFB auf, zur Frage der Teilnahme an der WM in Katar eine Befragung unter allen sieben Millionen mittelbar dem DFB zugehörigen Menschen durchzuführen und das Ergebnis öffentlich zu machen“, heißt es darin. Bei „ProFans“ sind sie schließlich davon überzeugt, dass die meisten Angehörigen der 27.000 Fußballvereine in Deutschland wenig mit einem Turnier anfangen können, das auch deshalb im tiefsten Winter stattfindet, um den europäischen Topclubs neue Märkte im arabischen Raum zu erschließen.“

Die Haltung des nur einen Steinwurf vom Tagungsort entfernten residierenden DFB wird hier ansonsten eher gnädig behandelt. Einige Fanvertreter, von denen einige den neugewählten Präsidenten Bernd Neuendorf bereits persönlich kennengelernt haben, trauen ihm durchaus zu, den angekündigten „Kulturwandel“ tatsächlich einleiten zu wollen. Sein Vorhaben, zusammen mit Innenministerin Nancy Faeser vor dem Turnier nach Katar zu reisen und die Menschenrechtslage zu thematisieren, wird in den Wochen darauf fast einhellig begrüßt. Dass die Nationalspieler vor kurzem von Menschenrechtsorganisationen über die Situation der Wanderarbeiter aufgeklärt wurden und sich Spieler wie Toni Kroos in den Wochen darauf ebenso kritisch zu Katar äußerten wie DFB-Direktor Oliver Bierhoff, verortet Bernd Beyer durchaus als Erfolg der beginnenden Proteste: „Der öffentliche Diskurs über die Politik der Fifa und die Menschenrechtslage in Katar wird inzwischen sehr breit geführt; Faninis sind ebenso engagiert wie Menschenrechtsorganisationen, Gewerk-

„
Das Ganze ist ein
business-to-business-
Produkt und
nix für Fans.

schaften und viele kirchliche Gruppen. Das hat den DFB und Oliver Bierhoff sicherlich veranlasst, sich deutlicher und klarer zu äußern. Es bleibt aber abzuwarten, ob es bei Lippenbekenntnissen bleibt oder Taten folgen“, sagt Beyer und wirft ein paar Fragen auf, die er für relevant hält: „Werden DFB-Vertreter auch vor Ort in Katar Klartext reden? Werden sie sich innerhalb der Fifa energisch für die Forderungen von Amnesty international und Human Rights Watch einsetzen, die 400 Millionen Euro WM-Siegeprämien als Entschädigung an Familien getöteter Arbeitsmigrantinnen zu spenden? Werden sie verhindern können, dass nochmals ein Land wie Katar als Austragungsland für die Weltmeisterschaften oder die Klub-WM ausgewählt wird?“ Daran, und nicht an seinen Worten, werde Bierhoffs Glaubwürdigkeit zu messen sein.

Franke, Zelt, Beyer, Schulze-Marmeling hoffen nun, dass sich immer mehr Fußballfans den Boykottaktionen anschließen. Nicht rein destruktiv, indem sie nur den Fernseher ausgeschaltet lassen. Sondern aktiv, indem sie in vielen Graswurzel-Aktionen ein Gegenmodell zu einem Fußball zeigen, der aus ihrer Sicht abgehoben, zynisch und geldgeil ist. „Wir wollen, dass gleichzeitig ganz, ganz viele Fans zeigen, wie Fußball eben auch sein kann, wenn er nicht von korrupten Funktionären organisiert wird“, sagt Franke. „Es wäre doch großartig, wenn von Emden bis Passau und von Rostock bis Freiburg dutzende Hallenkicks, Kneipenquiz und Kicker-Turniere stattfinden, während in Katar ein vermeintliches Spitzenspiel läuft, das kaum ein Fußballfan anschaut. Und wenn das in dieser Größe nicht klappt, freuen wir uns noch immer über jede einzelne Aktion.“ ■

Eure Meinung

ZU:

Risse in der Gesellschaft, DP 6/22

Die Frage „Wie umgehen mit „Querdenkern und anderen Corona-Kritikern?“ lässt sich in wenigen Sätzen beantworten: Verantwortlich „umgehen“ sollte man mit ihnen nur dürfen, wenn man in dieser Frage über die besten wissenschaftlichen Erkenntnisse verfügt. Diese werden nur im Diskurs erzielt. Dies wird nicht erreicht, wenn derzeit weltweit Teile der renommierten Wissenschaft vom Diskurs ausgeschlossen sind, eine – wie nicht nur ich denke – politisch undemokratische Entscheidung! So entstehen logischerweise Risse in der Gesellschaft.

Wolfgang Geiß, Freisen

ZU:

Im Gespräch, DP 6/22

Mit großem Interesse habe ich ihren Artikel „Der AK II: Die großen Themen im Blick“ gelesen. In einigen Bereichen stimme ich Ihnen absolut zu, jedoch sind mir die Themenfelder „Ernährung“ und „Gewalt gegen Polizei“ ins Auge gefallen. Genau diese Themenfelder nehme ich im täglichen Dienst anders wahr.

Bis dato habe ich nicht erlebt, dass sich Gedanken über eine gesunde Ernährung gemacht wird. So kann ich von meinem letzten geschlossenen 12-Stunden-Einsatz berichten, dass es aufgrund von mangelnden Mitteln nichts gab, nicht einmal Wasser. Es herrschten draußen über 25 Grad bei praller Sonne. Auch in vorherigen Einsätzen erweckte die Verpflegung alles andere als den Eindruck einer gesunden Ernährung.

Ihnen absolut zustimmend, sehe ich es als sehr wichtig an, dass die Polizei bürgernah ist, denn, wir sind für die Bürger da. Das darf aber nicht auf Kosten der Führungs- und Einsatzmittel (FEM) und der damit einhergehenden Sicherheit der Beamten gehen.

Ich sehe es als wichtig an, dass wir eine offene Kommunikation pflegen und uns für die Einsatzbewältigung Zeit nehmen. Denn genau daran scheitert es oft. Einsätze werden oft so schnell wie möglich abgearbeitet, da weitere offene Einsätze drängen. Genau hier bedarf es durch Anhebung von Personal einer Verbesserung.

Auch sollten sich einmal Gedanken gemacht werden, besseres FEM für Einsatzbe-

amate anzuschaffen, um in etwaigen Situationen besser handeln zu können. Teilweise fehlt es einfach an Möglichkeiten, um angepasst handeln zu können. So wäre die Einführung eines „Tasers“ (Distanz-Elektroimpulsgerät) für bestimmte Einsatzanlässe hilfreich.

Marc Koza, Sehnde

**ZU:
Risse in der Gesellschaft,
DP 6/22**

Mit großer Überraschung habe ich den Artikel „Risse in der Gesellschaft“ gelesen, in dem zwei Bücher, welche die Folgen der Coronamaßnahmen kritisch beleuchten, erstaunlich sachlich vorgestellt wurden. In den letzten zwei Jahren hatte ich nämlich durchgehend den Eindruck, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Coronamaßnahmen und deren möglichen Folgen auch innerhalb der Polizei nicht erwünscht ist, sondern man insbesondere als Beamter oder Behördenmitarbeiter die Coronamaßnahmen bedingungslos gut und richtig zu finden hat.

Die allgemeine Stigmatisierung von Coronamaßnahmenkritikern in Politik und Medien als Corona-Leugner, Schwurbler,

Rechtsextreme, Demokratiefeinde trug ebenfalls zu diesem Eindruck bei.

Wer es wagte, bezüglich der Coronamaßnahmen oder zumindest Teilen davon, insbesondere der Impfung, kritische Fragen zu stellen oder über die eine oder andere Maßnahme Unverständnis zu äußern, fand sich plötzlich als Ausgestoßener aus der Gesellschaft wieder und wurde als „Feind des Guten“ betrachtet. Auch die Kirchen glänzten durch medial bejubelte Aktionen gegen Andersdenkende.

Umso erstaunlicher, dass Ihre Zeitschrift nun einen Artikel zu diesem bisherigen Tabuthema veröffentlicht hat, was Mitarbeitern der Polizei die Möglichkeit gibt, sich selbst nochmal objektiv mit den Coronamaßnahmen und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Ein immenser Schaden in der Wirtschaft, unzählige zerstörte Existenzen von Selbständigen, Firmenpleiten selbst großer Konzerne wie der Modekette Adler, Orsay oder Staples, die Zunahme von psychischen Erkrankungen, besonders unter Kindern und Jugendlichen, bis heute nicht gekittete Risse innerhalb der Gesellschaft und der Vertrauensverlust in Politik und Staat eines nicht mehr unerheblichen Anteils in der Bevölkerung. Letzterer spiegelt sich besonders deutlich in den Wahlen

am 15. Mai 2022 (Hinw. d. Red.: Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen) wider, als nur noch 55 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen, was ein historischer Tiefstand ist. Die restlichen 45 Prozent erwarten von Staat und Politik offenbar nichts mehr. In einer vom Südwestrundfunk (SWR) im April 2022 in Auftrag gegebenen Umfrage gaben 31 Prozent an, den Eindruck zu haben, dass wir hier nur noch in einer Scheindemokratie leben, in welcher der Bürger sowieso nichts mehr zu sagen hat.

Und zu guter Letzt die Feststellung: Auch nach zwei Jahren Coronamaßnahmen ist das Corona-Virus immer noch da.

Für die Zukunft würde ich mir jedenfalls wünschen, dass auch Menschen, welche die Coronamaßnahmen nicht überzeugen konnten, ihre Meinung äußern dürfen, ohne direkt als Staats- oder Gesellschaftsfeind betrachtet zu werden.

Gabriela Schwedt, Herne

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilzins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilzins

 effektiver Jahreszins
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichersparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
Smart City

Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

---> Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
 Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



**www.Polizei
 DeinPartner.de**

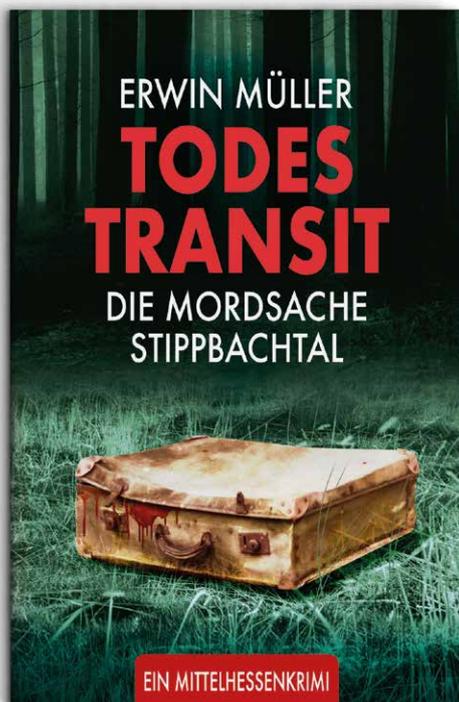
Gelesen

EIN KALTER FALL IN MITTELHESSEN

Unübliche Sicht auf den Ermittleralltag

Erwin Müller hat in seiner fast 40-jährigen Dienstzeit viel geschrieben. Dass der Beruf des Kriminalbeamten ein schreibender sei, war ihm bereits während seiner Ausbildung an der Hessischen Polizeischule angekündigt worden. Nach zigtausenden internen Seiten hat sich der Pensionär an einen Krimi gewagt. DP hat in „Todestransit – Die Mordsache Stippbachtal“ hineingelesen.

Michael Zielasko



Erwin Müller:
Todestransit – Die Mordsache Stippbachtal

Verlag BoD, München 2021.
384 Seiten, 14,90 Euro, als E-Book in
allen gängigen Formaten 5,99 Euro.
ISBN 9-783755-767213

Im Verlauf des letzten Jahres habe er seinen „Mittelhessenkrimi“ geschrieben, erzählt Müller DP. Die Geschichte basiere auf einem wahren Mordfall aus dem Jahre 1981. Als junger Ermittler hatte er die Mordermittlungen begleitet. Leider war es damals weder gelungen, das Opfer zu identifizieren, noch einen Täter zu ermitteln. Was das für Beteiligte bedeuten könne, habe ihm die DP-Februar-Titelgeschichte über sogenannte Cold Cases, noch offene Fälle, erneut vor

Augen geführt. „Ungeklärt zu den Akten gegebene Kapitaldelikte schaden nicht nur der Psyche der Opferangehörigen, sondern bewirken sicher auch etwas in der Gedankenwelt der Ermittler“, sagt er und fügt hinzu, dass das Niederschreiben eines solchen Falles eventuell auch ein Stück Vergangenheitsbewältigung darstelle. Gesagt, getan. Nach der Rückversicherung des zuständigen Präsidiums in Mittelhessen und der zuständigen Staatsanwaltschaft Limburg/Lahn

habe er sich die Freiheit genommen, den Uraltfall aufzuarbeiten und einer, wie er betont, „virtuellen Aufklärung“ zuzuführen.

Worum geht es?

Im November 1981 wird in der Stippbach, einem Tälchen nahe des mittelhessischen Örtchens Sinn, die grausam zugerichtete Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden. Trotz einer Fülle von Spuren auf Täter und Opfer blieben beide nach langwierigen und intensiven Ermittlungen der Kripo Dillenburg namenlos. Der rekonstruierte Kopf des Toten wird fast vier Jahre später in der ZDF-Fernsehfahndung „Aktenzeichen XY ... ungelöst“ gezeigt. Auch die daraus resultierenden Hinweise führten bis heute nicht zur Aufklärung des schrecklichen Verbrechens. Der Fall bleibt kalt, bis heute.

Müller schildert die kleinteilige Arbeit der Polizei. So steht es in den Informationen zu diesem Buch. Und das stimmt auch. Er tut es auf eine unpräzise, unaufgeregte Art, die die Lesenden in einen angenehmen „Flow“ mitnimmt, ohne sie oder ihn durch allzu wilde Schlenker einem literarischen Schleudertrauma auszusetzen. Das mag der eine oder die andere womöglich als zu gemächlich empfinden, diese Lesenden jedoch wären bei einem weniger faktentreuen, halbrecherischerem Thriller besser aufgehoben.

Das Buch berührt vor allem in den Passagen, in denen die Enttäuschung der Ermittler spürbar wird – wenn wieder einmal eine vermeintlich vielversprechende Spur im Sande verläuft. Dann können sich Romanfiguren und Lesende einander sehr nahe sein.

Der Stoff könne den Lesenden fordern, schreibt der ehemalige Kriminaler in seinem Vorwort. Das liege nicht nur an den imaginären Lebenswegen der Handelnden oder verschiedenen Zeitebenen, sondern auch an der unüblichen Sicht auf den Ermittleralltag. Überfordert werden Lesende jedoch nicht. Zwar blickt der Autor in Stippvisiten auf historische Begebenheiten während der Zeit des Zweiten Weltkrieges, des späteren Jugoslawiens und der Deutschen Demokratischen Republik zurück. Am Ende führt Müller die Fäden jedoch mit Sorgfalt zusammen. Dessen Sorge, wenn es denn eine ist, kann dem Autor genommen werden. Der eingangs erwähnte Flow der Geschichte hält an. Das Buch weiß über alle Seiten hinweg zu gefallen. ■

Im Gespräch

KRIPO-ALLTAG

Authentisch ist nicht gleich langweilig

Mit dem Romanautor Erwin Müller sprach DP über Kleinkariertes, offene Karten und den Polizeiberuf.

Michael Zielasko

DP: Herr Kollege Müller, nicht sehr viele Kriminalromane stellen Polizeiarbeit authentisch dar. Ist das, was lebensechte Ermittler tun, einfach zu kleines Karo für den Krimienthusiasten?

Erwin Müller: Es stimmt, dass nur wenige Krimis die Realität des polizeilichen Alltags abbilden. Das liegt vielleicht auch daran, dass es nur wenige Veröffentlichungen von Insidern gibt. Das Buch „Der Durchläufer“ von Dieter Schenk war ein solch guter authentischer Krimi. Erschienen 1978 und später Grundlage der erfolgreichen ZDF-Serie „Soko 5113“. Schenk war übrigens als Leiter der Kriminaldirektion Gießen mehr als zwei Jahre mein Chef. Der Annahme, eine Beschreibung des authentischen Geschehens wäre zu profan für die Leserschaft, möchte ich widersprechen. Eine befreundete Kinderbuchautorin, die das Manuskript meines Romans vorab las, meinte spontan: „Jetzt weiß ich endlich, wie die Kripo arbeitet, das ist ja völlig anders als im Tatort.“

DP: Vielleicht will sich die Polizei ja auch nicht zu sehr in die Karten schauen lassen, oder?

Müller: Nein, glaube ich nicht. Die Polizei hat ja ein geradezu großes Interesse daran, ihre Arbeit lebensecht dargestellt zu wissen. Ohne einen Ermittler, der mit seinen eigenen Dämonen zu kämpfen hat, oder mit einem „Lonesome Rider“, sondern mit Menschen, die mitten im Leben stehen, die Familienväter und -mütter sind und oft auch ihre Fälle gedanklich mit nach Hause nehmen.

DP: Ihr Roman spielt in der Vergangenheit. Wäre die damalige Tat womöglich

mit heutigen Mitteln leichter aufzuklären gewesen?

Müller: Dem stimme ich zu. Zumindest die Identität des Opfers wäre nach heutigen Maßstäben und mit den heutigen Möglichkeiten vermutlich geklärt worden. Ich war dienstlich mehrfach bei Europol in Den Haag und mehr als beeindruckt von den dort vorhandenen internationalen Verbindungen und Recherchemöglichkeiten. Ob allerdings eine geklärte Opferidentität auch zum Täter geführt hätte, steht in den Sternen.

DP: Wenn Sie heute noch einmal vor der Frage des Berufsweges stehen würden, wieder Polizei?

Müller: Uneingeschränkt ja. Meiner Meinung nach spiegelt kein anderer Beruf die Gesellschaft in all ihren Facetten wider wie der unsrige. Man lernt das Leben aus allen Blickwinkeln kennen. Ich glaube auch, dass bei keiner anderen Berufstätigkeit eine ähnlich hohe Eigenverantwortlichkeit gefordert ist. Bedenken Sie, dass man oft restriktiv in Grundrechte eingreifen muss, bis hin zu Freiheitseinschränkungen oder bis zur Anwendung unmittelbaren Zwanges. Als äußerst angenehm habe ich auch immer die relativ große Entscheidungsfreiheit empfunden, mit der man sich der Aufklärung eines Falles nähern konnte.

DP: Lesen Sie eigentlich selbst gerne Krimis oder winken Sie ab?

Müller: Ja, sogar gerne, aber nur wenn sie wenigstens einigermaßen die Realität abbilden. Eine Einschränkung muss ich allerdings machen. Sogenannte Kriminalkomödien lese und schaue ich überhaupt nicht.



Romanautor Erwin Müller

Das Wort ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Ein Kriminalfall birgt immer ein schlimmes Geschehen, mindestens für die Opfer, die Angehörigen und manchmal auch für die Ermittler. Dieser führt oft auch zu traumatischen Erlebnissen, die mitunter lebenslang andauern. Wenn man versucht, dies in eine Komödie einzubetten, fehlt mir jegliches Verständnis, und ich schalte ab.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

Gelesen

RÜCKBLICK MIT AUGENZWINKERN

„Wir waren doch bei der Hinfahrt zu dritt, oder?“

Wollen wir an dieser Stelle ehrlich sein. Gewerkschaften neigen dazu, manches ein bisschen schwärzer zu sehen, als es in Wirklichkeit ist. Das unterscheidet uns von der Politik, die vieles Tatsächliches deutlich rosiger darstellt. Autor Jörg Schmitt-Kilian hat beides nicht nötig. Als Polizeinsider schreibt er in seinen Themenheften und Romanen, was Sache ist. In seinem neuesten Werk führt er dies fort. Und, weil dabei in seinem Nacken der Schalk saß, auch noch auf eine sehr unterhaltsame Art.

Michael Zielasko

In „ALLZEIT (aber nicht zu allem) BEREIT“ hat Schmitt-Kilian lustige, berührende und skurrile Geschichten aus seiner bereits seit drei Jahren erscheinenden Wochenendserie „Blau-licht-Stories“ gesammelt. Auf der Basis von Rapporten, „Fernschreiben“, Einsatzberichten, Vernehmungspassagen und verstaubten Aktenordnern eines Polizeireviere bewegt sich der Hauptkommissar im Ruhestand am Beispiel der inzwischen legendären „Münz“ – auch Koblenzer Davidwache genannt – geschickt zwischen der Realität des polizeilichen Alltags vergangener Tage und schriftstellerischer Freiheit.

Schmitt-Kilian ist ehemaliger Rauschgiftfahnder. Mehr als 35 Romane und Themenhefte hat der passionierte Radfahrer geschrieben. Sein Buch „Vom Junkie zum Ironman“ klebte für 16 Wochen in der Spiegel-Bestsellerliste. Das habe er gar nicht fassen können, erzählte er in „RUND UMS ECK – Der Koblenz Podcast“. „Männer“-Star Uwe Ochsenknecht spielte später in der Verfilmung des Stoffes die Hauptrolle.

Auf der Münz

Schmitt-Kilian schmückt die Anekdoten mit bemerkenswerten Fotos aus dem Polizeiarchiv sowie Karikaturen seines Kollegen Hannes Dietze. Zwar spielt sich das Geschehen rund um die Polizeiinspektion Koblenz 1 inmitten der Koblenzer Altstadt ab, doch



Jörg Schmitt-Kilian: Allzeit Bereit

mit zahlreichen Fotos, Karikaturen und weiteren „Beweismitteln“, Dirk-Laker-Verlag 12,90 Euro, 2. Auflage 2022, Taschenbuch 227 Seiten, ISBN 978-3-940627-33-9

könnten sich diese Geschichten zu jener Zeit auf jeder Polizeidienststelle ereignen haben. Damals sei nicht alles besser, aber vieles anders gewesen, gibt der 69-Jährige freimütig zu. Deutlich werde eben auch, dass aus heutiger Sicht manche Einsätze nicht mehr in dieser Art möglich wären und wie sehr sich Anforderungen und Rahmenbedingungen an den Polizeialltag verändert hätten.

Lesenden, die einen profunden Blick hinter die Kulissen der Polizeiarbeit in jener Zeit werfen möchten, sei die lohnende wie kurzweilige Lektüre wärmstens ans Herz gelegt.

Der Autor bietet Interessierten an, das Taschenbuch – auf Wunsch mit persönlicher Widmung – direkt beim Autor zu bestellen: bitte per Mail an:

schmitt-kilian@onlinehome.de

Die Lieferung erfolgt portofrei. ■

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 08 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Markus Winkler/unsplash.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2022.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

188.036 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote. Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Jetzt einloggen und Vorteile checken! www.gdp.de/GdP-Plus



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Wir helfen Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104-0



GdP-Plus
Partner

BASISLEHRBUCH KRIMINALTECHNIK

Methoden und Verfahren der Spurensicherung und Untersuchung

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.

1. Auflage 2020

Umfang: 320 Seiten

Format: 21 cm x 14,8 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0866-3

Einen breit gefächerten Überblick über den aktuellen Stand der Kriminaltechnik bietet diese Darstellung und stellt dabei besonders neue Ermittlungs- und Beweisansätze in den Mittelpunkt. Als Wegweiser dient dabei ein exemplarischer Leitsachverhalt, der sich auf die Fragestellungen der kriminalistischen Fallanalyse sowie ausgewählte Ermittlungsmaßnahmen stützt. Die zentralen Fachbegriffe werden durch Beispiele und Bildmaterial anschaulich erläutert.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Frings, Kriminaldirektor Dozent für Kriminalistik und Kriminaltechnik an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Duisburg.

Frank Rabe, Erster Kriminalhauptkommissar, Leiter des Kriminalkommissariats für Erkennungsdienst, KTU, digitale Bildtechnik und Kriminalaktenhaltung am Polizeipräsidium Duisburg.

BASISLEHRBUCH KRIMINALISITIK

Strategien und Techniken der Verbrechensaufklärung und -bekämpfung

Von **Christoph Keller (Hrsg.)**.

1. Auflage 2019

Umfang: 872 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 34,90 € [D] / ISBN 978-3-8011-0826-7

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 33,99 € [D]

Das vorliegende Buch führt ausführlich in alle relevanten Themenbereiche der Kriminalistik ein. Die enthaltenen 20 Kapitel leiten sich ab aus den Lehrinhalten polizeilicher (Fach-) Hochschulen der Länder und des Bundes sowie aus praktischen Bedürfnissen der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung und -sachbearbeitung.



DER HRSG.

Christoph Keller, Polizeidirektor, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de